

zfd



Mehr Frieden wagen ...

Wege zur Überwindung von Gewalt –
Sieben Jahre Ziviler Friedensdienst







Inhalt

Vorwort	Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul	4
Grußwort	Bischof Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz	5
Jochen Hippler	Zivilgesellschaft, Staat und neue Konflikte – Erwartungen und Herausforderungen für den Zivilen Friedensdienst	6
Bodo von Borries	Wege zur Überwindung von Gewalt – Erfahrungen aus dem Zivilen Friedensdienst	10
Ziviler Friedensdienst weltweit – ein Überblick		14
Wie wirkt der Zivile Friedensdienst? Erfahrungen aus sieben Ländern		
Niger	Gewaltprävention durch Trainingsarbeit	16
Simbabwe	Vom nationalen Trauma zum Traum von einer friedlichen Zukunft	19
Sierra Leone	Versöhnungsarbeit schafft Zukunft	22
Mexiko	Begleitung von bedrohten Menschenrechtsverteidigern	24
Kolumbien	Ausbildung von Multiplikatoren in gewaltfreier Konfliktbearbeitung	26
Kambodscha	Kleinwaffen als Statussymbole in Konflikten	29
Kosovo	Wenn Rückzug ein Gewinn ist – lokale Friedensnetze übernehmen Verantwortung	32

Vorwort

**Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Heidmarie Wieczorek-Zeul**



Noch immer erschüttern rund 40 Kriege und bewaffnete Konflikte viele unserer Partnerländer. Die zwischenstaatliche Auseinandersetzung ist dabei eher in den Hintergrund getreten. Der innerstaatliche Konflikt ist das dominierende Gewaltmuster unserer Zeit, mit weit reichenden Folgen sowohl für die direkt Betroffenen als auch für die Entwicklungszusammenarbeit.

Die Opfer innerstaatlicher Konflikte sind zu 90 Prozent Zivilisten, viele von ihnen Frauen und Kinder. Bürgerkriege machen Millionen von Menschen zu Flüchtlingen und fügen der Bevölkerung physischen wie psychischen Schaden zu. Schulen werden zerstört, Kinder verschleppt und als Soldaten und Soldatinnen missbraucht, die lokale Gemeinschaft wird häufig zerstört und das soziale Netz zerrissen. Zunehmende Verarmung, der Anstieg des Analphabetismus und die Verbreitung von Kleinwaffen sind die Folgen, welche die betroffenen Länder um Jahre in ihrer Entwicklung zurückwerfen.

Die Ursachen solcher Konflikte sind so komplex wie ihre Akteure zahlreich. Militärische „Lösungen“ sind allzu häufig keine Lösungen. Um diese Konflikte auf Dauer friedlich zu lösen und Sicherheit für die Menschen in den betroffenen Ländern zu gewährleisten, müssen wir auf zivile und präventive Ansätze setzen. Hier ist die Entwicklungszusammenarbeit gefordert.

Neben der Armutsbekämpfung spielen die Unterstützung von demokratischen Institutionen, die Beseitigung politischer Unterdrückung, der Schutz der Menschenrechte und die Entwicklung von Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung eine zentrale Rolle. Frieden lässt sich nicht erzwingen, sondern muss entwickelt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Bundesregierung Initiativen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgenommen und im Jahr 1999 den Zivilen Friedensdienst (ZFD) aufgebaut. In einem beispielhaften Netzwerk von

staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden Friedensfachkräfte entsandt, die zusammen mit lokalen Partnern vor Ort Friedenspotenziale stärken, Brücken zwischen verfeindeten Gruppen bauen und beim Wiederaufbau unterstützen. Der ZFD kann die geschilderten Ziele natürlich nicht alleine erreichen. Er ist ein Baustein einer stärker krisenpräventiv ausgerichteten Entwicklungspolitik der Bundesregierung.

Wie die vorliegende Dokumentation belegt, leisten die Friedensfachkräfte des ZFD seit sieben Jahren konkrete Beiträge zu Versöhnungs- und Dialogprozessen weltweit. Die Dokumentation zeigt in anschaulicher Weise die vielfältigen Ansätze und Handlungsfelder der zivilen Konfliktbearbeitung auf. Das Spektrum reicht von der Suche nach friedlichen und gerechten Lösungen für den Zugang zu Ressourcen, Lobbyarbeit zur Reduzierung und Kontrolle von Kleinwaffen, Engagement für eine multiethnische Zusammenarbeit, Begleitung von Menschenrechtsarbeit, der Einrichtung von Friedenskomitees auf Distriktebene bis hin zu einer gemeinwesenorientierten Versöhnungsarbeit und Reintegration von Ex-Kombattanten und Kindersoldat/innen.

Der ZFD hat in den letzten Jahren viel erreicht und sich zu einem wichtigen Instrument der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung entwickelt. Neue Herausforderungen liegen vor uns, so zum Beispiel die Frage, wie wir die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen in Krisenländern stärken oder wie wir den ZFD in Zukunft noch strategischer einsetzen können.

Mein Dank gilt den Frauen und Männern, die sich zurzeit im Rahmen des ZFD und der einheimischen Partnerorganisationen für Frieden und Versöhnung einsetzen. Ich hoffe, dass diese Dokumentation das öffentliche Bewusstsein für die von ihnen geleistete Friedensarbeit weiter fördert.

Heidmarie Wieczorek-Zeul

Gemeinsames Grußwort

**Bischof Wolfgang Huber, Vorsitzender
des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
und
Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender
der Deutschen Bischofskonferenz**



Gewaltsame Konflikte und Kriege bestimmen nach wie vor das Leben von Millionen von Menschen. Allein die Kriege in den letzten zehn Jahren, von denen viele noch andauern, erforderten nach vorsichtigen Schätzungen bisher mehr als sieben Millionen Todesopfer und noch weit mehr Verwundete, meist Zivilpersonen. Zu den Opfern von Gewaltkonflikten gehören auch über 60 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.

Viele dieser Kriege werden in Europa kaum wahrgenommen, weil die Gewalt zur Alltagserscheinung geworden ist. Die Anschläge des 11. September 2001 und die auf sie folgenden Anschläge in Europa, aber auch in anderen Erdteilen, haben uns diese Gewalt unmittelbar vor Augen geführt. Auch darin zeigt sich, wie sehr wir in der Einen Welt durch wirtschaftliches und politisches Handeln mit dem Schicksal anderer Länder und mit scheinbar weit entfernten gewaltsamen Konflikten verweben sind. Dass das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts wirklich zu einer „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ wird, wie sie die Kirchen ausgerufen haben, ist Ausdruck einer großen, noch nicht eingelösten Hoffnung.

Angesichts der Allgegenwart von Krieg und Terror, angesichts der Versuche zu einer vermeintlichen religiösen Legitimation von Gewalt, vor allem aber um der Menschen willen, die unter Gewalt und Krieg leiden, ist es heute eine zentrale Aufgabe der Kirchen, die Friedensbotschaft des Evangeliums zu bezeugen und für Frieden und Versöhnung einzutreten. Mit ihren Entwicklungs- und Katastrophendiensten leisten die Kirchen einen Beitrag zu den Bemühungen in vielen Ländern, Konflikte zu entschärfen, Not zu lindern und neue Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben zu eröffnen. Hier stehen wir ökumenisch zusammen.

Zu einem wirkungsvollen Einsatz der Kirchen für Frieden und Versöhnung gehört auch der Zivile Friedensdienst. Frieden und Gerechtigkeit gehören zusammen. Im kirchlichen Friedenszeugnis hat das Eintreten für nichtmilitärische Formen der Konfliktbeilegung einen festen Ort. Die Kirchen in Deutschland haben deshalb wesentlich dazu beigetragen, dass 1997 ein Konsortium zum Thema Friedensdienst entstanden ist, in dem säkulare und kirchliche Organisationen sowie staatliche Organisationen zusammenarbeiten.

Wir danken allen Beteiligten und insbesondere den Friedensfachkräften sowie den lokalen Partnerorganisationen, die sich um Frieden und Versöhnung bemühen, für ihren Einsatz. In den letzten Jahren haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass der Zivile Friedensdienst zu einem unverzichtbaren und erfolgreichen Bestandteil der Arbeit der Kirchen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung geworden ist.

Dauerhafter Frieden kann nicht allein von außen geschaffen werden; er muss von innen wachsen. Frieden kann auch nicht allein mit militärischen Mitteln gesichert werden; er muss sich auf politische Regelungen stützen. Im Wissen um solche Bedingungen des Friedens können Friedensfachkräfte in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen mithelfen, Gewalt und ihre Folgen zu vermindern oder ganz zu vermeiden. Sie können Verständigung fördern und so zu einem nachhaltigen und gerechten Frieden beitragen. Wir danken für alle Initiativen in der Vergangenheit und ermutigen zugleich dazu, diesen Weg in der Zukunft weiter zu gehen. Wir erbitten Gottes Segen für alle Bemühungen, den Gebrauch von Gewalt abzuwenden und so Frieden zu schaffen.

Wolfgang Huber + Karl Kard. Lehmann



Zivilgesellschaft, Staat und neue Konflikte – Erwartungen und Herausforderungen für den Zivilen Friedensdienst

Jochen Hippler (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen)

Politische Gewalt stellt weiterhin eines der schwerwiegendsten Probleme der menschlichen Gesellschaft dar: Das zwanzigste Jahrhundert mit seinen Weltkriegen und Hunderten weiterer Konflikte hat sich als besonders blutig erwiesen: neben den Dutzenden von Millionen Kriegstoten haben Regierungen außerhalb von Kriegshandlungen unvorstellbar viele Menschen aus politischen Gründen ermordet, durch Massaker, Völkermorde und politische Repression. Schätzungen reichen von 170 bis 350 Millionen Toten vom Jahrhundertbeginn bis Ende der 1980er Jahre – wohl gemerkt: zusätzlich zu den Toten aller Kriege. Auch nach Ende des Kalten Krieges bleibt das Gewaltniveau hoch, wie die Völkermorde in Ruanda und Burundi, auf dem Balkan und anderswo, der internationale Terrorismus oder die Kriege in Afghanistan und dem Irak demonstrieren.

Dabei hat sich in den letzten Jahrzehnten der Charakter gewaltsamer Konflikte dramatisch verändert. Zwischenstaatliche Kriege sind zwar nicht verschwunden, aber als besonders blutig und destruktiv erwiesen sich innergesellschaftliche Gewaltkonflikte. Bürgerkriege, „ethnische Säuberungen“ und Massaker, sowie schwer lösbare Konflikte im Kontext von Staatszerfall und fragmentierenden Gesellschaften sind heute für die überwältigende Mehrzahl der Gewaltopfer verantwortlich. Deshalb rückt die Frage nach den innergesellschaftlichen Gewaltursachen immer stärker in den Vordergrund: Welche Rolle spielen wirtschaftliche oder politische Verteilungskämpfe um Ressourcen oder Macht? Wie bedeutsam sind ethnische

oder religiöse Identitäten als Auslöser oder Verstärker von Gewalt? Wie wirken sich staatliche Zentralisierungs- oder Zerfallsprozesse aus? In welchem Verhältnis stehen interne und externe Einflussfaktoren? Ist das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten oder Demokratie letztlich für innergesellschaftliche Gewalt verantwortlich? Oder sind politisch-ökonomische „Gewaltmärkte“ (also die wirtschaftliche Gier von „warlords“ und die Auflösung staatlicher Strukturen) der entscheidende Konfliktmechanismus? Wer heute Gewaltkonflikte vorbeugen, sie konstruktiv bearbeiten, ihre Opferzahlen senken oder durch eine Konfliktnachsorge zur Entwicklung eines dauerhaften Friedens beitragen möchte, muss diese und zahlreiche andere Fragen beantworten können.

Die neue Situation hat die politische Diskussion stark beeinflusst, wie man mit innerstaatlichen Kriegen oder humanitären Katastrophen wie Vertreibungen oder Völkermord umgehen soll. Dabei werden sehr unterschiedliche Antworten gegeben. Humanitäre, angeblich humanitäre und imperiale Militärinterventionen sind in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges leichter möglich als zuvor und gehören heute zum Standardrepertoire internationaler Politik. In diesem Zusammenhang wird auch der Nutzen „humanitärer Protektorate“ diskutiert. In Bosnien, dem Kosovo und unter anderen Bedingungen in Afghanistan und dem Irak wird mit sehr gemischtem Erfolg mit unterschiedlichen Formen von Protektoraten experimentiert, wobei häufig externe Versuche des state-building und nation-building im Vordergrund stehen.

Ein anderer Diskussionsstrang besteht in den Möglichkeiten der Konfliktprävention, wie sie sich beispielsweise im entsprechenden Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung niederschlugen. Aus der Zivilgesellschaft haben sich ebenfalls unterschiedliche Aktivitätsmuster herausgebildet: im Inneren etwa Friedensbewegungen, die durch öffentlichen Protest und andere Einflussnahme Kriegen und Gewalt entgegenwirken wollen (etwa durch große Demonstrationen in London, Madrid, Rom und anderswo vor dem Irakkrieg), nach außen beispielsweise durch Initiativen zur Einführung eines Zivilen Friedensdienstes, der nicht zuletzt auf ein Drängen aus dem kirchlichen Bereich auf die Tagesordnung gesetzt, inzwischen von staatlichen Stellen aufgenommen wurde und nun seit 1999 als staatlich-zivilgesellschaftliches Engagement verwirklicht ist.

Die Betonung einer stärkeren Rolle von Zivilgesellschaft in der Transformation von Konflikten fügt sich erkennbar in einen internationalen Trend ein. Beispielsweise erfolgte 2004 auf Anregung des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan die Gründung der Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC), einem weltweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk, das im Juli 2005 Vorschläge für eine stärkere Beteiligung von organisierter Zivilgesellschaft an den Bemühungen der UN zur Prävention von Gewalt erarbeitet hat.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) entspringt dem Bedürfnis, insbesondere innergesellschaftliche Konflikte nicht mehr durch Gewalt zu lösen, sondern gewaltlose Möglichkeiten einer Konfliktbearbeitung zu nutzen und zu stärken. Dabei stehen eine Einflussnahme vor Ausbruch von Gewalt und die Konfliktnachsorge im Zentrum der Aufmerksamkeit, während in Kontexten von eskalierenden Gewaltkonflikten Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung und des Zivilen Friedensdienstes naturgemäß weniger Erfolg versprechend und wesentlich schwieriger sind. Dabei will der ZFD an der Basis oder auf der mittleren Ebene gefährdeter Gesellschaften ansetzen und beispielsweise an Versöhnungs- und Dialogprozesse anknüpfen oder durch Mediations- und Selbstreflexionsmechanismen Beiträge leisten. Der ZFD ist ein neues Instrument innerhalb der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und besteht insbesondere darin, analog zu Entwicklungshelfern friedenspolitisch ausgebildete Fachkräfte zu entsenden, die gemeinsam mit lokalen Partnern vor Ort (meist Nichtregierungsorganisationen) Friedenspotenziale stärken sollen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure sehen ihre Rolle allerdings nicht primär entwicklungs-, sondern allgemein friedenspolitisch.

Dabei besteht allerdings nicht selten weiter die Herausforderung, die eingesetzten Mittel und die allgemeinen Ziele konkreter konzeptionell zu verbinden: was genau „Versöhnung“ eigentlich ist, wie und unter welchen Bedingungen man sie fördern kann; und wann, warum und unter welchen Bedingungen inter-ethnische Dialoge zu Friedensprozessen beitragen (und wann sie irrelevant, wann sogar schädlich sein können) – solche Fragen gilt es noch näher auszufüllen. Sowohl die Akteure des Zivilen Friedensdienstes als auch die Wissenschaft haben hier noch reichlich konzeptionelle Arbeit zu leisten.

Es stellt sich natürlich die Frage, wie aussichtsreich und wirksam ein solches Engagement an der gesellschaftlichen Basis sein kann. Lassen sich tatsächlich durch relativ wenige „Friedensfachkräfte“ Gewaltexzesse wie auf dem Balkan, in Westafrika, an den Großen Seen oder im Nahen und Mittleren Osten verhindern oder kon-



struktiv bearbeiten, um die dortigen Konflikte wieder in den Rahmen ziviler Problemlösung zurückzuführen? Die Frage auf diese Art zu stellen, würde den Chancen und Aufgaben des Zivilen Friedensdienstes kaum gerecht. Niemand sollte annehmen, durch einen so bescheidenen Personal- und Mitteleinsatz Katastrophen wie den Völkermord in Ruanda, die Balkankriege, oder den Krieg und Bürgerkrieg im Irak verhindern oder überwinden zu können – wer so unrealistische Erwartungen wecken wollte, hätte das Scheitern bereits vorweggenommen. Der Zivile Friedensdienst kann, wie auch die Entwicklungspolitik, Beiträge leisten, aber nicht eigenständig und allein seine Ziele erreichen. Zu seiner Wirksamkeit ist auch das Erreichen einer „kritischen Masse“ an Personal und finanzieller Ausstattung erforderlich, wie dies bereits in der Evaluierung der Startphase des ZFD im Jahr 2002 von den Gutachtern gefordert worden war.

Gewaltkonflikte sind meist höchst komplex, ihre Dynamik hängt von zahlreichen Faktoren ab, die oft oberhalb der Einflussmöglichkeit von einzelnen Nichtregierungs-

organisationen und erst recht deren externen Helferinnen und Helfern liegen. Ein Krieg um die Kontrolle der strategisch wichtigen Öregion am Persisch-Arabischen Golf, der internationale Terrorismus (etwa das Massaker vom 11. September 2001 in New York) oder eine um Drogen, andere Ressourcen oder Waffenschmuggel gruppierte Kriegsökonomie sind durch die Entsendung einer Hand voll Friedensfachkräfte nicht zu verhindern, die zugrunde liegenden Konfliktursachen so nicht aufzuheben. Aber das kann auch nicht die Aufgabe des Zivilen Friedensdienstes sein. Der ZFD kann nur erfolgreich sein, wenn er sich nicht nur am übergreifenden Ziel des Friedens orientiert, sondern sich immer auch seiner Grenzen und Beschränkungen bewusst ist. Wer die Schranken der eigenen Möglichkeiten ignoriert, wird oft auch das nicht erreichen, was eigentlich möglich wäre.

Innengesellschaftliche Gewaltkonflikte sind vor allem Ausdruck politischer Krisen, aber sie haben oft wichtige ökonomische, soziale oder psychologisch-kulturelle Dimensionen. Die politische Konkurrenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Eliten kann durch – beispielsweise – einen schrumpfenden Verteilungskuchen radikalisiert und in ethnischen oder religiösen Begriffen kommuniziert

werden. Aber bereits „normale“ wirtschaftliche Modernisierungs- oder Stagnationsprozesse können zu solcher Polarisierung oder zu Fragmentierungstendenzen beitragen. Es ist offensichtlich, dass eine präventive oder kurative Politik der Gewaltvermeidung in solchen Fällen an den Konfliktursachen ansetzen müsste, also etwa an einer krisenhaften Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation. Wenn der Weltmarkt für das einzige Exportprodukt eines Landes zusammenbricht und sich so die Verteilungskämpfe zwischen sozio-politischen Gruppen verschärfen, wird die Organisation hoffentlich integrativer Diskurse in Teilen der gesellschaftlichen Basis sicher sinnvoll sein, die Probleme aber kaum lösen. Die meisten Akteure des Zivilen Friedensdienstes sind sich solcher Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zwar bewusst, haben aber selten Einwirkungsmöglichkeiten darauf. Andererseits gibt es immer wieder Situationen, in denen politische Eliten einen Konflikt bis an den Rand oder über die Gewaltschwelle hinaus eskalieren lassen, weil sie annehmen, dass ihnen dies innergesellschaftlich Po-

sitionsgewinne verschafft. Auch deformierte oder fehlende Kommunikation zwischen sozialen oder ethno-religiösen Gruppen, Vorurteile und Fehlwahrnehmungen können wichtige Verstärkungsfaktoren einer Gewaltdynamik sein. In solchen Fällen können die lokalen Medien, religiöse Gemeinschaften oder die Zivilgesellschaft eine verschärfende oder dämpfende Rolle spielen – insbesondere, wenn solche Aktivitäten nicht isoliert bleiben, sondern mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Konfliktursachen verknüpft sind. Hier entsteht ein wichtiges Potenzial für den Zivilen Friedensdienst: nicht als Hauptmittel oder gar Ersatz für Friedensförderung auf der Makro-Ebene, sondern als Element eines integrierten Konzeptes, das makroökonomische, außen-, entwicklungs-, sicherheitspolitische und

eben auch zivilgesellschaftliche Maßnahmen miteinander verknüpft. Bessere Exportmöglichkeiten, eine Landreform, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit oder entwicklungspolitische Maßnahmen können entscheidend sein, um eine Konfliktodynamik zu transformieren oder eine solche Transformation in friedliche Bahnen zumindest zu ermöglichen – aber solche Ansätze müssen auch gesellschaftlich aufgenommen und ihre Chancen genutzt werden. Und genau dazu kann ziviler Friedensdienst einiges beitragen.



Häufig hängt das Potenzial friedfertiger Konfliktbearbeitung einer Gesellschaft auch davon ab, ob der lokale Staatsapparat alle gesellschaftlichen Gruppen fair integriert, ob er effektiv funktioniert, um die zentralen Staatsfunktionen (Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger; Partizipation, Infrastruktur im Bildungs-, Gesundheits-, oder Verkehrswesen, die Sicherung der Grundbedürfnisse, etc.) überhaupt und gleichmäßig gewährleisten zu können. Wenn – insbesondere in Krisensituationen – der Staat vor allem als Machtinstrument einzelner sozialer, ethnischer oder religiöser Gruppen gelten muss, wenn er etwa als korrupt und inkompetent erscheint, dann sinkt die Gewaltschwelle. Hier kann die Zivilgesellschaft – und mit ihr der Zivile Friedensdienst – unter Umständen Druck auf Besserung ausüben, aber die Probleme nicht selbst lösen. Kooperation mit der Außen-, Entwicklungs-, Außenwirtschafts-, Landwirtschafts-, und Sicherheitspolitik mag weiter schwierig sein, da diese ja selbst untereinander kaum abgestimmt sind und weil die zivilgesellschaftlichen Akteure mit gutem Grund auf



ihre Autonomie achten – trotzdem liegt hier einer der Schlüssel zur Verbesserung der Wirksamkeit des ZFD, insbesondere seiner Rahmenbedingungen.

Die Akteure des Zivilen Friedensdienstes wären gut beraten, wenn sie – nachdem nun die schwierige Aufbauphase erfolgreich bewältigt scheint und die Instrumentarien zunehmend ausgereift sind – nunmehr ihr Augenmerk verstärkt auf zwei Punkte richten:

Einmal wäre es aus den genannten Gründen sinnvoll, den Staatsapparat und politischen Prozess in den Gastländern stärker in den Blick zu nehmen. So wichtig die dortigen Zivilgesellschaften (bzw. ihre Stärkung) sind, so bleibt doch der Staat ein Schlüsselfaktor bei der Frage gewaltfreien Konfliktmanagements oder der Gewalteskala­tion. Über Einflussmöglichkeiten an diesem strategischen Punkt verstärkt nachzudenken, wäre sicher von Nutzen.

Zweitens aber könnte stärker reflektiert werden, ob und wie die Akteure des Zivilen Friedensdienstes ihre Expertise in höherem Maße in Europa nutzbar machen könnten. Gerade weil die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit vor Ort in hohem Maße von gesamtpolitischen und internationalen Rahmenbedingungen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Art abhängen, wäre eine verstärkte Einflussnahme auf diese Politikbereiche

in Europa (und den USA) dringlich. Wer in der Dritten Welt Gewalt vermindern und Frieden fördern möchte, sollte sich als zivilgesellschaftlicher Akteur zwar durchaus in den Gastländern engagieren, aber dabei nicht außer Acht lassen, dass zentrale Faktoren der Gewalt und Gewaltvermeidung von den internationalen Rahmenbedingungen wesentlich geprägt werden. Deshalb hängen der Handlungsspielraum und die Erfolgsmöglichkeiten von Friedenspolitik und Zivilem Friedensdienst gerade von ihnen ab. Es wäre angebracht, über verstärkte Medien- und Lobbyarbeit in Europa nachzudenken, um so intensiver auf die friedenspolitischen Rahmenbedingungen einwirken zu können.

Der Zivile Friedensdienst wurde 1998 ins Leben gerufen und nahm 1999/2000 seine Arbeit auf. Bisher wurden 236 Fachkräfte entsandt und haben, nach ersten Anlaufschwierigkeiten, in zahlreichen potenziellen und aktuellen Konfliktländern wertvolle Beiträge zur Stärkung von Friedenspotenzialen geleistet. Diese Ansätze gilt es weiterzuentwickeln und dabei ein sicheres Gespür für die Chancen und Grenzen der eigenen Arbeit zu entwickeln. Die bisher entwickelten Stärken dürfen dabei nicht vernachlässigt werden, aber es wäre hilfreich, sie jenseits der Einzelprojektebene stärker in einen politischen Gesamtrahmen einzubetten.



**Wege zur Überwindung von Gewalt
– Erfahrungen aus dem Zivilen Friedensdienst**

**Bodo von Borries (Vertreter des Konsortiums Ziviler Friedensdienst
in der Gruppe Friedensewicklung)**

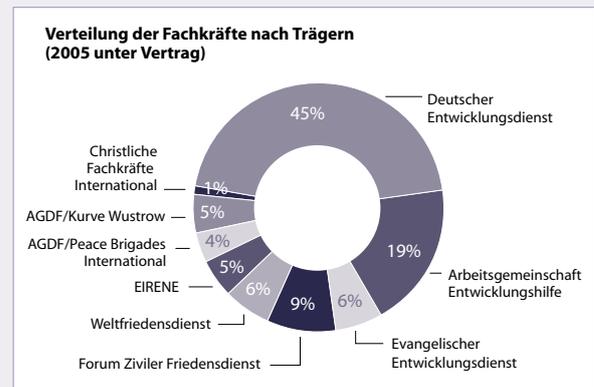
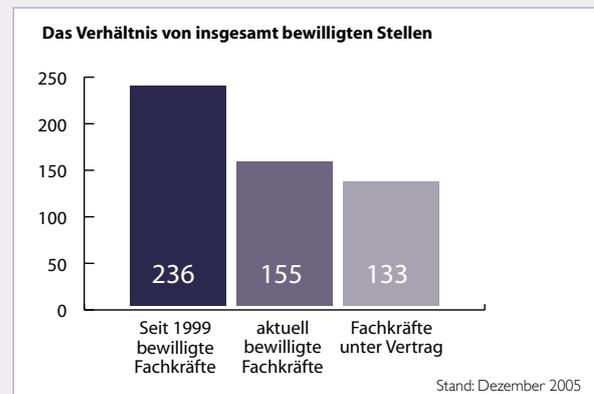
Die Idee des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wurde als Reaktion auf die Kriege in Ex-Jugoslawien geboren. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Gewalt auch ohne militärische Intervention verringert und gesellschaftliche Friedenspotenziale gestärkt werden können. Organisationen der Friedensbewegung, die evangelische und katholische Kirche sowie Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit nahmen die Frage auf und entwickelten das Konzept für ein neues Instrument – den ZFD. Der ZFD wurde dann seit 1999 in der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt und hat sich als innovatives Instrument gesellschaftlicher Friedensförderung weiterentwickelt. Im ZFD arbeiten zivilgesellschaftliche und staatliche Trägerorganisationen zusammen. Meist auf Initiative lokaler nichtstaatlicher Partnerorganisationen entwickeln sie mit diesen die Projekte und legen dem BMZ einen Finanzierungsantrag vor. Nach erfolgreicher Bewilligung werden Fachkräfte ausgesucht, vorbereitet und an die lokalen Partnerorganisationen vermittelt.

Ziel des ZFD ist es, in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen in Konfliktregionen Gewalt zu vermindern oder zu vermeiden, Verständigung zu fördern und zu einem nachhaltigen, gerechten Frieden beizutragen.

ZFD – Mücke oder Elefant?

Insgesamt wurden bisher 236 Stellen von Friedensfachkräften in 39 Ländern bewilligt und seit Programmbeginn Ende 1999 bis zum Jahr 2005 ca. 66,4 Millionen Euro aufgewendet. Das Verhältnis von insgesamt bewilligten

Stellen, den noch laufenden Projekten und den Fachkräften vor Ort stellt sich wie folgt dar:



Die einzelnen Trägerorganisationen setzen dabei unterschiedliche regionale und inhaltliche Schwerpunkte.

Was wird eigentlich im ZFD konkret getan?

Die bewaffneten Konflikte der letzten 20 Jahre sind nur noch in seltenen Fällen zwischenstaatliche Kriege. Zu mehr als 90 Prozent handelt es sich um lang andauernde innergesellschaftliche Konflikte mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung und langfristigen Schäden für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes. Ziviler Friedensdienst findet in sehr unterschiedlichen Konfliktsituationen statt, z.B. in Ländern, wo regionale Gruppen sich gegen eine (repressive) Zentralgewalt erheben und die Gesellschaft tief gespalten ist, oder in Ländern, wo politische Interessenskonflikte als ethnische Konflikte ausgetragen werden. Und schließlich auch in Ländern, wo der Staat nicht in allen Regionen existent ist und selbst elementare soziale Funktionen nicht erfüllen kann. Dementsprechend weist der ZFD eine große Vielfalt von Ansätzen auf.

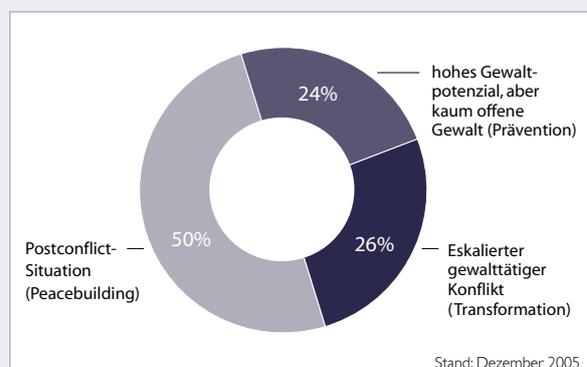
Folgende Handlungsfelder haben sich als besonders wichtig erwiesen:

- Aufbau von Kooperations- und Dialogstrukturen über Konfliktlinien hinweg: zum Beispiel die Stärkung traditioneller Schlichtungsinstanzen wie Ältestenräte, die Unterstützung von Friedenskomitees zur Lösung von Landstreitigkeiten, die Förderung von Dachverbänden zur gemeinsamen politischen Vertretung benachteiligter Interessengruppen.
- Stärkung von Informations- und Kommunikationsstrukturen: zum Beispiel die Unterstützung von Information für rückkehrende Bürgerkriegsflüchtlinge, die Sensibilisierung von Journalistinnen und Journalisten für ihre positive und negative Rolle in Konfliktsituationen, den Aufbau von kommunalen Radios oder anderen Medien, die Unterstützung von Sensibilisierungskampagnen zu Kleinwaffen etc.
- Reintegration und Rehabilitation der von Gewalt besonders betroffenen Gruppen: Unterstützung der Organisation von Opfergruppen und deren psychosoziale Beratung, Reintegration von Flüchtlingen oder Vertriebenen in eine feindliche oder ablehnende Umgebung, Konzepte für die Reintegration von Kindersoldaten oder erwachsenen Ex-Kombattanten/innen in die Gesellschaft.
- Friedenspädagogik und Trainings in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung: Beratung von sozialen Organisationen und Gemeindevertreter/innen zu Instrumenten und Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung; Ausbildung von Multiplikator/innen zu Trainer/innen in Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung; Einfügen von friedenspädagogischen Maßnahmen in Unterrichtseinheiten, z.B. zum Abbau von Feindbildern, zur Stärkung einer eigenen Identität; etc.

- Stärkung der lokalen Rechtssicherheit: zum Beispiel durch Beobachtung der Menschenrechtssituation, Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, Aufbau und Stärkung lokaler Institutionen.

Finden ZFD-Projekte auch in gewaltförmig eskalierten Konflikten statt?

ZFD-Projekte finden sowohl vor Ausbruch von Gewalt, während offener Gewalthandlungen als auch zum Beispiel nach einem Friedensabkommen statt. Am schwierigsten gestalten sich Projekte in Regionen mit eskalierter Gewalt. Häufig werden die Projektergebnisse durch die Ereignisse wieder zerstört und die Partner wie auch die Fachkräfte bedroht. Die einzelnen Konfliktphasen sind in der Praxis nur schwer voneinander zu unterscheiden. In Ländern mit akuten Gewaltkonflikten wie Kolumbien, Uganda, Sudan oder Afghanistan gibt es Landesteile mit offener, flächendeckender Gewalt während andere Regionen verhältnismäßig stabil bleiben. Hier ruht häufig die Hoffnung auf einer Dynamik von unten und einer Verbreitung des erfolgreichen Widerstands zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Gewaltakteure. Gleichzeitig ist es Aufgabe, eine Ausdehnung der Gewalt zu verhindern, die Räume für zivile Betätigung und den gesellschaftlichen Druck für eine verhandelte Lösung offen zu halten.

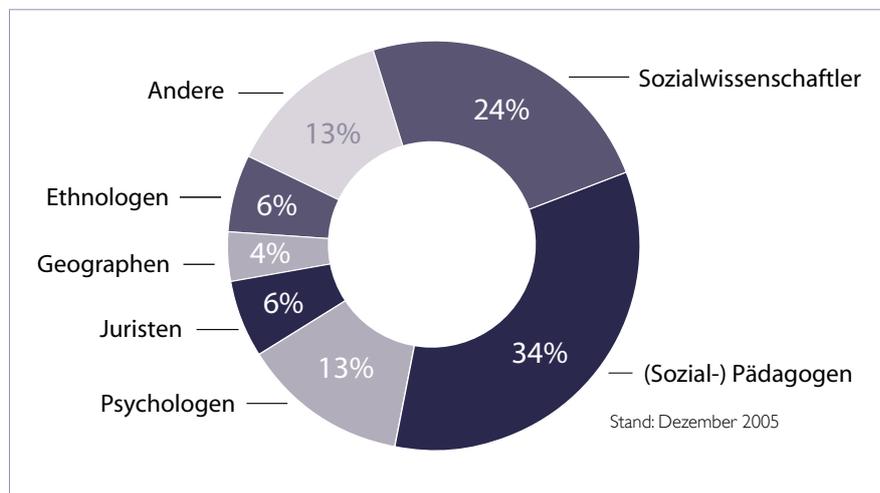


Wer sind die Friedensfachkräfte?

Friedensfachkräfte werden nach spezifischen Anforderungen einer Konfliktsituation und dem konkreten Bedarf der Partnerorganisation ausgewählt. Die Auswahlkriterien entstammen drei Bereichen: Allgemeine Zulassungskriterien wie vorhandene Berufserfahrung, Mindestalter und zivilgesellschaftliches Engagement, die grundsätzlich für eine Mitarbeit im ZFD erfüllt sein müssen. Zweitens, die für alle Projekte notwendigen sozialen und persönlichen Kompetenzen. Und schließlich eine je nach Projekt oder Programm unterschiedlich zu gewichtende spezifische Kompetenz bzw. Qualifikation.

Als besonders wichtig haben sich persönliche und soziale Kompetenzen, solide Kenntnisse der Konfliktbearbeitung und die Kenntnisse der regionalen Verhaltenswei-

sen erwiesen. Die projektspezifischen Qualifikationen können im Rahmen der Vorbereitung noch verstärkt werden. Bisherige Fachkräfte sind zu mehr als 60 Prozent Frauen. Es gibt einen großen Anteil Sozialwissenschaftler/innen, Pädagog/innen und Psycholog/innen.



Viele bringen Berufserfahrung aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedensarbeit, als Trainer/innen oder der internationalen Menschenrechtsarbeit mit. Als Quereinsteiger/innen werden häufig Berufsgruppen mit einem speziellen Qualifikationsprofil gesucht: zum Beispiel Psycholog/innen mit Erfahrungen in psycho-sozialen Ansätzen (Traumabearbeitung) oder Jurist/innen mit Kenntnissen von Menschenrechtsinstrumenten und öffentlichem Recht sowie Verwaltungsabläufen.

Die Friedensfachkräfte sind in ihrer Projektarbeit besonderen Belastungen und Risiken ausgesetzt, die sich nicht ausschließlich auf den ZFD beschränken, aber dort im erhöhten Maße auftreten. Dies bedeutet eine besondere Verantwortung seitens der Trägerorganisationen, präventive, begleitende und notfalls kurative Maßnahmen der Betreuung und Qualifizierung bereitzustellen. Jede Trägerorganisation hat Vorgehensweisen und Instrumente entwickelt, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Beispiele sind Module für Sicherheit und Umgang mit Belastungssituationen und traumatisierten Personen, verschiedene Supervisionsformen für die Fachkräfte sowie ein Debriefing nach dem Einsatz.

Was können externe Friedensfachkräfte, was lokale Fachkräfte nicht auch könnten?

In vielen Konfliktländern des Südens gibt es mittlerweile eine hohe Anzahl gut ausgebildeter lokaler Mitarbeitender. Dennoch ist das Feld der zivilen Konfliktbearbeitung in vielen Kulturen relativ neu. Zivilgesellschaftliche Organisationen mussten sich bisher noch nicht mit diesen Aufgaben befassen und müssen sich gegenüber neuen

Herausforderungen wie einem Gewaltkonflikt erst positionieren. Eine externe Fachkraft bringt hier spezielle Kenntnisse, Methoden und Fragestellungen ein, die im Dialog mit lokalen Fachkräften an die Erfordernisse und Erfahrungen vor Ort angepasst werden. Eine externe

Fachkraft ist als nicht direkt in den Konflikt involvierte Person sinnvoll bei der gemeinsamen Analyse des Konfliktes, sie bietet Glaubwürdigkeit und kann neue Räume für Begegnung schaffen. In eher symmetrischen ethnischen Konflikten können Fachkräfte als dritte Partei Diskussionsprozesse auf beiden Seiten unterstützen und dann Kommunikation zwischen beiden Seiten anregen. Sie bringen neben personellen und finanziellen Ressourcen auch inter-

nationale Kontakte ein und können politisch als Kanal für ‚Advocacyarbeit‘ in Deutschland zur Konfliktsituation genutzt werden. In bestimmten Konflikten bietet die Anwesenheit ausländischen Personals den einheimischen Organisationen einen wichtigen Schutz.

Im Vergleich zu anderem Fachpersonal internationaler Friedensmissionen zeichnen sich Friedensfachkräfte durch ihre längerfristig angelegte Arbeit, die Eingebundenheit und die guten lokalen Kenntnisse aus. Ihre Vorortinformationen aus „neutraler“ Hand und aus häufig schwer zugänglichen Regionen sind eine wichtige Ergänzung zu den offiziellen Informationen der Medien. In die interkulturelle Zusammenarbeit mit den lokalen Partnern bringen die Fachkräfte neben den Kenntnissen ihre Persönlichkeit und ihren Arbeitsstil ein. Es entsteht so ein gegenseitiger Lernprozess, bei dem auch die Stärken und Schwächen beider Seiten bewusster werden.

Was kann der ZFD bewirken?

Der ZFD kann gewalttätige gesellschaftliche Konflikte nicht alleine lösen, aber er kann in dem lokalen und regionalen Umfeld der Projekte die Voraussetzungen dafür verbessern, dass mit Konflikten gewaltfrei umgegangen wird. Auf unterer und mittlerer gesellschaftlicher Ebene baut der ZFD Strukturen wie Netzwerke und Komitees auf oder stärkt bereits bestehende. Langfristig sollen strukturelle Veränderungen wie neue administrative Regelungen oder Gesetze beeinflusst werden. Der ZFD kann so von unten die Voraussetzungen für politisch-diplomatische Verhandlungserfolge verbessern, bisher Erreichtes absichern und die Wahrscheinlichkeit eines neuen Ausbrechens von Gewalt ver-

ringern helfen. Die Beispiele in dieser Broschüre zeigen die Art der Wirkungen auf:

- Die lokalen Partnerorganisationen/Kooperationspartner sind bezüglich ihrer institutionellen Kapazität, der Qualifizierung, der Vernetzung, der Handlungsräume, der politischen Bedeutung, der Motivation gestärkt, Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können.
- Die Partnerorganisationen/Kooperationspartner übernehmen eine sichtbare Rolle bei der Suche nach gewaltfreien Lösungen.
- Die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen ist bei den Zielgruppen erhöht.
- Vorurteile zwischen Bevölkerungsgruppen im Projektgebiet sind bewusst gemacht und vermindert.
- Lokale Akteure können Gewaltprovokationen besser widerstehen und/oder verfügen über gewaltfreie Methoden des Widerstandes und des sozialen/politischen Wandels.
- Die Diskussion über die Aufarbeitung vergangenen Unrechts ist in Gang gesetzt und die gesellschaftliche Bereitschaft zu Versöhnungsprozessen ist gestiegen.
- Die objektive und subjektive Sicherheit der Bevölkerung ist erhöht.
- Impulse, die durch die Friedensfachkräfte entstehen, werden unabhängig weitergeführt.

Frieden kann man nicht essen

Vernetzung und Kooperation sind sowohl Ziel als auch Mittel ziviler Konfliktbearbeitung. Sie sind relevant für alle ZFD-Handlungsfelder: Die Bearbeitung von Konflikten erfordert die Integration (das Mitdenken) von Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung. Für viele Personen stehen nach Beendigung der Gewalt die Fragen des unmittelbaren Überlebens im Vordergrund. Kooperationen mit ehemaligen Gegner/innen sind noch nicht gewollt und werden politisch nicht unterstützt. Hier kann über Themen wie Beschäftigungsförderung, Erwachsenenbildung oder soziale Dienste der Zugang zu Friedensthemen geschaffen werden, um so Anliegen des friedlichen Zusammenlebens, einer Erinnerung und einer Versöhnung zu befördern.

Der ZFD reagiert auf diese Anforderungen. So setzen einzelne Trägerorganisationen bereits Trainer/innen in

Projekten der „klassischen“ Entwicklungszusammenarbeit ein. Allgemein suchen die Friedensfachkräfte den Austausch mit Trägern der Entwicklungszusammenarbeit, zum Beispiel bei entsprechenden Gesprächsrunden in der deutschen Botschaft oder anderen regionalen Plattformen. Die ZFD-Organisationen unternehmen zusammen mit den lokalen Partnern Anstrengungen zu einer gemeinsamen Strategieentwicklung auf Länderebene, die die Beiträge anderer Akteure einbezieht und einen verstärkten Dialog mit deutschen Institutionen im Vorfeld der Projektplanung sucht.

Für die stärkere Vernetzung der Fachkräfte unterschiedlicher Träger vor Ort entwickelt der ZFD neue Medien wie ein internetgestütztes Austauschforum. Der Erfahrungsaustausch soll die Fachkräfte in ihrer Arbeit vor Ort unterstützen und zur Vernetzung der Partnerorganisationen beitragen. Als ergänzende Maßnahmen zur Stärkung des Süd-Süd-Austausches über Ansätze der zivilen Konfliktbearbeitung werden regionale Partnerfachtagungen vor Ort oder in Deutschland organisiert.

Neue Herausforderungen

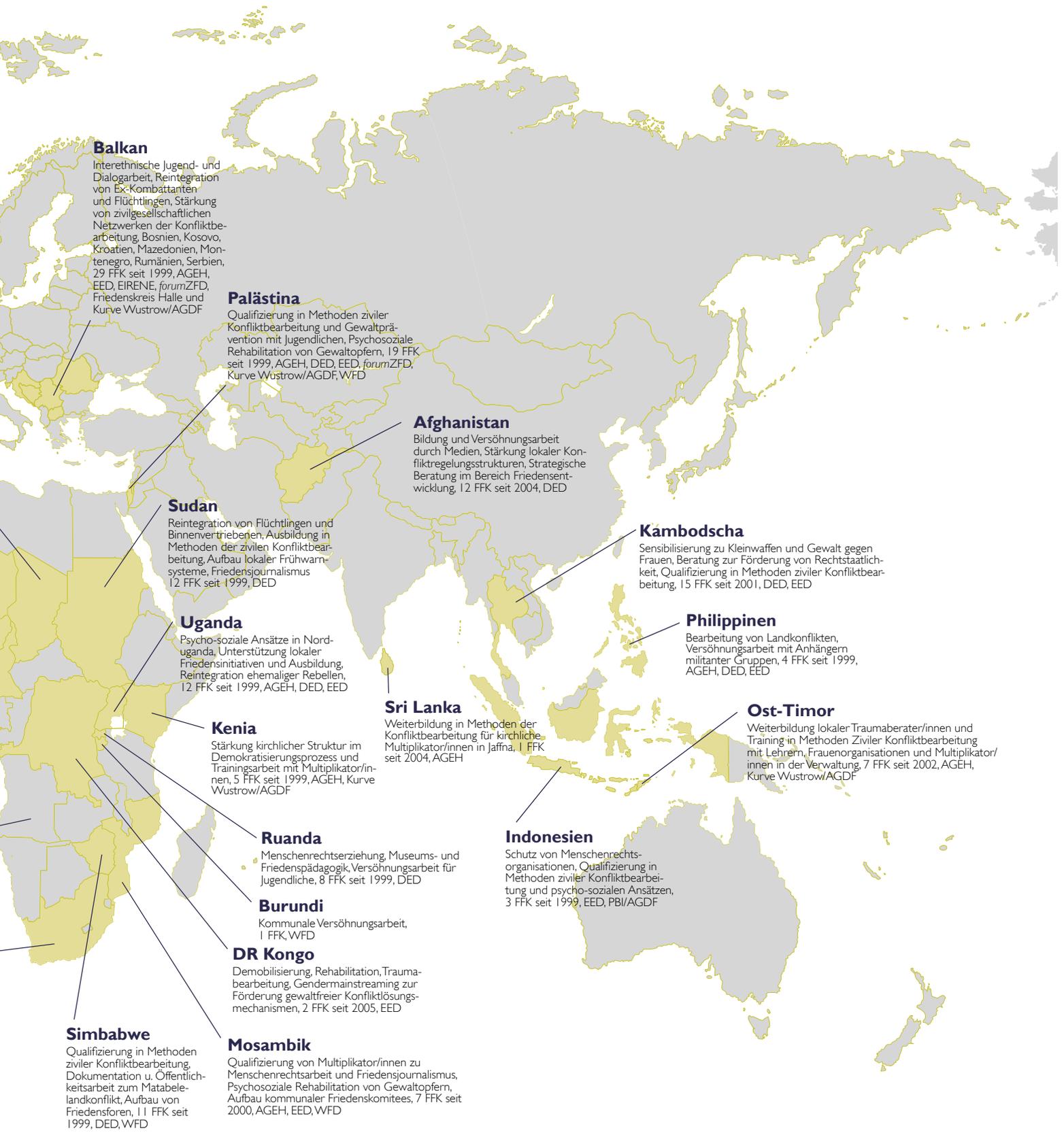
Bezogen auf 39 Länder, d.h. durchschnittlich drei Fachkräfte vor Ort, kann der ZFD nur punktuelle Beiträge zur Friedensförderung leisten. Die Anzahl der Fachkräfte hat sich aufgrund der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel von jährlich ca. 14 Millionen Euro auf einem Niveau von ca. 120 Fachkräften stabilisiert. Es fehlt also neben einer stärkeren Vernetzung und Einbindung in Programme der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor an einer „kritischen Masse“, wie sie auch in der Kampagne „500 Fachkräfte für den Frieden“ gefordert und von Politiker/innen verschiedener Parteien unterstützt wird.

Der ZFD leistet in Deutschland über die Ausbildung und Vorbereitung von Fachkräften einen sichtbaren Beitrag zur Qualifizierung von Fachpersonal in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung. Er trägt damit dazu bei, auch Sozialarbeiter/innen, Pädagog/innen sowie andere Berufsgruppen im Umgang mit neuen sozialen Konflikten in Deutschland zu qualifizieren. Eine Herausforderung in der Zukunft wird sein, die Auslandserfahrungen zurückgekehrter Fachkräfte auch stärker als bisher in die Inlandsarbeit zum Beispiel bei der Integration von Immigrant/innen einzubringen.

Ziviler Friedensdienst weltweit – ein Überblick

Weitere Informationen zum ZFD und einzelnen Projekten unter www.ziviler-friedensdienst.org





Balkan

Interethnische Jugend- und Dialogarbeit, Reintegration von Ex-Kombattanten und Flüchtlingen, Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken der Konfliktbearbeitung, Bosnien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, 29 FFK seit 1999, AGEH, EED, EIRENE, forumZFD, Friedenskreis Halle und Kurve Wustrow/AGDF

Palästina

Qualifizierung in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention mit Jugendlichen, Psychosoziale Rehabilitation von Gewaltopfern, 19 FFK seit 1999, AGEH, DED, EED, forumZFD, Kurve Wustrow/AGDF, WFD

Afghanistan

Bildung und Versöhnungsarbeit durch Medien, Stärkung lokaler Konfliktregelungsstrukturen, Strategische Beratung im Bereich Friedensentwicklung, 12 FFK seit 2004, DED

Sudan

Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, Ausbildung in Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung, Aufbau lokaler Frühwarnsysteme, Friedensjournalismus, 12 FFK seit 1999, DED

Kambodscha

Sensibilisierung zu Kleinwaffen und Gewalt gegen Frauen, Beratung zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Qualifizierung in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung, 15 FFK seit 2001, DED, EED

Uganda

Psycho-soziale Ansätze in Norduganda, Unterstützung lokaler Friedensinitiativen und Ausbildung, Reintegration ehemaliger Rebellen, 12 FFK seit 1999, AGEH, DED, EED

Philippinen

Bearbeitung von Landkonflikten, Versöhnungsarbeit mit Anhängern militanter Gruppen, 4 FFK seit 1999, AGEH, DED, EED

Kenia

Stärkung kirchlicher Struktur im Demokratisierungsprozess und Trainingsarbeit mit Multiplikator/innen, 5 FFK seit 1999, AGEH, Kurve Wustrow/AGDF

Sri Lanka

Weiterbildung in Methoden der Konfliktbearbeitung für kirchliche Multiplikator/innen in Jaffna, 1 FFK seit 2004, AGEH

Ost-Timor

Weiterbildung lokaler Traumaberater/innen und Training in Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung mit Lehrern, Frauenorganisationen und Multiplikator/innen in der Verwaltung, 7 FFK seit 2002, AGEH, Kurve Wustrow/AGDF

Ruanda

Menschenrechtserziehung, Museums- und Friedenspädagogik, Versöhnungsarbeit für Jugendliche, 8 FFK seit 1999, DED

Indonesien

Schutz von Menschenrechtsorganisationen, Qualifizierung in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung und psycho-sozialen Ansätzen, 3 FFK seit 1999, EED, PBI/AGDF

Burundi

Kommunale Versöhnungsarbeit, 1 FFK, WFD

DR Kongo

Demobilisierung, Rehabilitation, Traumbearbeitung, Gendermainstreaming zur Förderung gewaltfreier Konfliktlösungsmechanismen, 2 FFK seit 2005, EED

Simbabwe

Qualifizierung in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung, Dokumentation u. Öffentlichkeitsarbeit zum Matabelelandkonflikt, Aufbau von Friedensforen, 11 FFK seit 1999, DED, WFD

Mosambik

Qualifizierung von Multiplikator/innen zu Menschenrechtsarbeit und Friedensjournalismus, Psychosoziale Rehabilitation von Gewaltopfern, Aufbau kommunaler Friedenskomitees, 7 FFK seit 2000, AGEH, EED, WFD



Gewaltprävention durch Trainingsarbeit

Etwa 800 Menschen und tausende von Tieren nutzten den Brunnen von Maitalackia im Südwesten Nigers. Ohne sein Wasser wäre ein Überleben in der extrem trockenen Region nicht möglich. Neben Viehzüchtergruppen aus den Ethnien der Tuareg und Peul holten auch neu angesiedelte Maori-Ackerbauern ihr Wasser im Brunnen. Sie erreichten dank guter Kontakte zu einem Ministerium eine offizielle Nutzungsgenehmigung. Nach einiger Zeit drohte der intensiv genutzte Brunnen zu versanden. Ein Entwicklungsprojekt unterstützte die Viehzüchter bei der Instandsetzung und versuchte, mit einer klaren Regelung der zukünftigen Nutzung und Wartung des Brunnens eine erneute Versandung zu verhindern. Doch die Maori-Bauern weigerten sich, den neuen Regeln zuzustimmen: der Brunnen gehöre ihnen, sie hätten beim Staat dafür bezahlt. Der Streit begann in gewalttätigen Auseinandersetzungen zu eskalieren ...

Der Niger ist auf den ersten Blick ein relativ friedliches Land. Er hat in seiner 45-jährigen Geschichte keine Bürgerkriege erlebt. Trotzdem gibt es im Niger präventive ZFD-Projekte, die sich der Bearbeitung von Ressourcenkonflikten verschrieben haben. In dem westafrikanischen Land sind Ackerland, Wasser und Wälder rar. Gleichzeitig sind sie die wichtigste Lebensgrundlage

der Landbevölkerung, die 80 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Aufgrund des immensen Bevölkerungswachstums, der Dürren und des Fortschreitens der Wüstenbildung wird es für die Menschen auf dem Land immer schwieriger, mit den verbleibenden Ressourcen auszukommen. Die Wettkämpfe um die Nutzungsrechte werden immer schärfer.

Bisher führen diese Konflikte noch nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen und kriegsähnlichen Situationen – im Gegensatz zur Situation in manch anderem afrikanischen Land. Sie bleiben in der Regel lokal begrenzt und äußern sich nur selten in offener Gewalt, sind aber



Eine von GENOVICO ausgebildete Trainerin präsentiert Arbeitsgruppenergebnisse

allgegenwärtig und verursachen einen unermesslichen ökonomischen Schaden. Denn die Ressourcen, um die gestritten wird, bleiben in dieser Zeit meist ungenutzt. Direkte Folge ist die Verarmung der betroffenen Menschen.

Bei den Kontroversen um die Nutzung der Ressourcen spielen verschiedene Gruppen eine Rolle – so zum Beispiel die Forstverwaltung, die lokalen traditionellen Chefs, die Administration, die im Jahr 2004 erstmals gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte, die Landrechtskommissionen und vor Ort arbeitende Entwicklungsprojekte. Die unterschiedlichen Parteien sind mit dafür verantwortlich, dass aus scheinbar kleinen Streitigkeiten häufig komplexe und hochpolitisierte Konflikte entstehen. Denn auch im Niger ist Landbesitz die wichtigste Machtbasis der politischen Eliten. Daher können diese Konflikte leicht für ethnisch orientierte Ideologien politisch missbraucht werden. Die unklare Rechtssituation, in der traditionelles und modernes Recht sich widersprechen und dennoch gleichberechtigt nebeneinander stehen, erschwert die Lösung der Konflikte zusätzlich.

Konfliktlösungskompetenz vor Ort

Eine von EIRENE im Jahr 1998 in Auftrag gegebene Studie über Konflikte im Niger hat ergeben, dass viele Kontroversen auch deshalb nicht beendet werden, weil es an Konfliktlösungskompetenz vor Ort fehlt. Deshalb hat EIRENE mit der nigrischen Nichtregierungsorganisation KARKARA zusammen das ZFD-Projekt GENOVICO (Gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Niger) entwickelt und baut nun ein nigrisches Netzwerk aus Konfliktbearbeitungsfachleuten auf. Dieses Netzwerk unterstützt und berät im ganzen Land die verschiedensten Akteure auf lokaler Ebene (Chefs, Projekte, Landrechtskommissionen, Kommunen, Viehzüchterverbände etc.) bei der gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Im Januar 2002 nahm Günter Schönegg, Diplompädagoge aus Süddeutschland und Vater von zwei Kindern, seine Arbeit als ZFD-Friedensfachkraft auf. Damals blick-



In den Sahelländern gibt es zahlreiche Konflikte um Wasser

te er bereits auf zehn Jahre Erfahrung als Trainer in gewaltfreier Konfliktbearbeitung zurück. Mit der Hilfe des nigrischen Projektkoordinators Illa Almadjir hat er in den ersten drei Jahren zunächst Mitglieder des Netzwerkes identifiziert und sie dann zu „Trainerinnen und Trainern in gewaltfreier Konfliktbearbeitung“ ausgebildet. Sie begleiteten die neuen Fachleute bei ihren ersten Trainings und Konfliktmoderationen und halfen so, das neue Wissen zu verankern. Anschließend entwickelten sie Ausbildungsmodule und pädagogisches Material für einzelne Zielgruppen in Französisch, in den sechs wichtigsten Landessprachen und für Analphabeten. Parallel liefen die kontinuierliche Beratung der GENOVICO-Mitglieder, der weitere Aufbau des Netzwerkes und die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Für die Trainerfortbildung wählten die beiden ZFD-Kräfte 35 Frauen und Männer aus allen Regionen der Republik Niger aus, darunter Rechtsanwälte, Agraringenieure, Soziologen, Pädagogen, Menschenrechtsaktivisten, Viehzüchtervertreter und Frauenrechtlerinnen. Wichtigstes Kriterium für die Auswahl waren berufliche Berührungspunkte mit Ressourcennutzungskonflikten. Die Trainerfortbildung bestand aus einem zweiwöchigen Grundkurs (Grundlagen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung), drei Aufbaukursen (Erwachsenendidaktik,



Traditionelle Chefs denken bei einem von RE-GENOVICO moderierten Forum über neue Wege der Konfliktbearbeitung nach

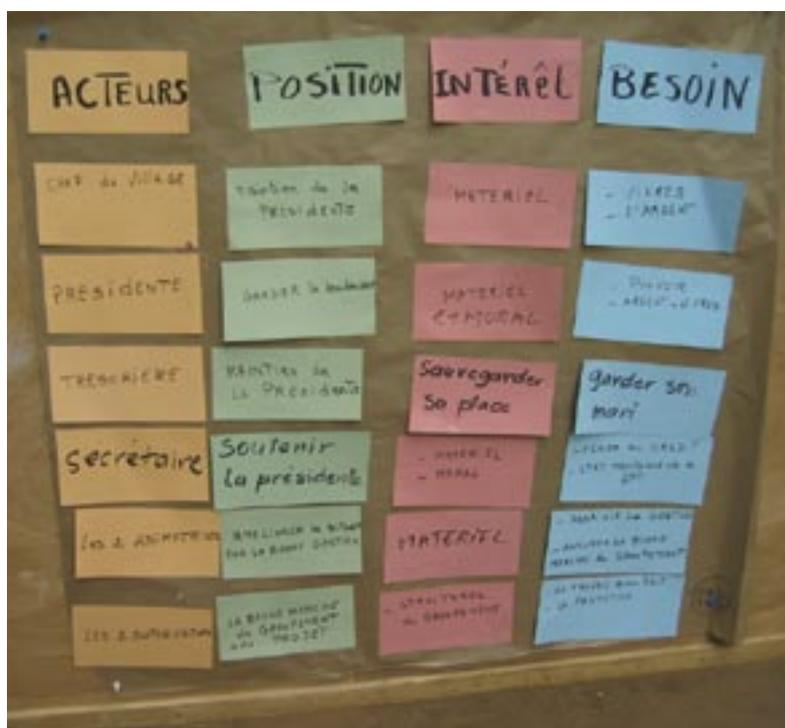
gewaltfreie Kommunikation und Mediation) und praktischen Aktivitäten (Studien, Trainings etc.). Die Netzwerkmitglieder bildeten ab 2003 Regionalgruppen und entwickelten in Workshops Funktionsweise und Statuten des nationalen Netzwerkes. Im September 2004 gründete sich das nigrische Netzwerk der Trainer in gewaltfreier Konfliktbearbeitung (RE-GENOVICO, in Anlehnung an den Namen des ZFD-Projektes) offiziell und stellte sich der Öffentlichkeit vor. Die Mitglieder des Netzwerkes haben bis Ende 2004 insgesamt 36 Trainings und Konfliktmoderationen durchgeführt. Die wichtigsten Zielgruppen waren Chefs, Gemeinderäte sowie Projektmitarbeitende.

Niger. Gerade die enge Verknüpfung von Methoden zur Analyse und Transformation von Konflikten mit Problemen, wie sie durch die Auseinandersetzungen über die Nutzung von Ressourcen in der Entwicklungsarbeit alltäglich sind, war einer der Schlüssel zum Erfolg von GENOVICO. Das Projekt ist damit exemplarisch für einen präventiven Ansatz im ZFD.

Wie ging es weiter in Maitalakia?

Frühzeitig entschloss sich einer der Berater des bei der Instandsetzung beteiligten Projekts, an einer GENOVICO-Schulung zum Trainer in gewaltfreier Konfliktbearbeitung teilzunehmen. Im Laufe des Kurses wurde ihm klar: Für die Frage der Zugangsrechte gab es gerechte Lösungen zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Aber darüber hinaus mussten menschliche und soziale Probleme gelöst werden: Misstrauen zwischen den Gruppen, unterschiedliche Wahrnehmungen und Sichtweisen, Wertekonflikte und vor allem fehlende Kommunikationsstrukturen. Der Berater setzte seine neuen Kenntnisse ein, um zu vermitteln, positive Schritte zu fördern und bei der Vertrauensbildung zu helfen. Nach vielen Treffen einigten sich die Gruppen auf Regeln, mit denen allen Nutzern der Zugang zu Wasser garantiert wird.

Damit solche Erfolgsgeschichten zahlreicher werden, wollen die Netzwerkmitglieder in der zweiten GENOVICO-Projektphase (2005 bis 2008) ihre Kompetenzen weiter ausbauen und das Netzwerk zur organisatorischen und finanziellen Autonomie führen. Die Erfahrungen der ersten Jahre haben gezeigt, dass der Bedarf an Ausbildung, Beratung und Moderation im Bereich der Konfliktbearbeitung riesig ist. Und dies nicht nur im Niger: Im Nachbarland Mali begleitet GENOVICO eine Partnerorganisation dabei, vergleichbare Strukturen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufzubauen.



Eine umfassende Analyse der Interessen und Bedürfnisse der Konfliktparteien ist Voraussetzung für gewaltfreie Konfliktbearbeitung

Die Ergebnisse sind äußerst zufriedenstellend. Immer mehr Organisationen, Behörden und Entwicklungsprojekte, auch aus anderen westafrikanischen Ländern, interessieren sich für die Dienste von RE-GENOVICO. Das Angebot des Netzwerkes bildet die Grundlage für die Etablierung gewaltfreier Konfliktbearbeitung als Standardinstrument der Entwicklungszusammenarbeit im



SIMBABWE

Vom nationalen Trauma zum Traum von einer friedlichen Zukunft

Adane Ghebremeskel stammt aus Eritrea, ist aber österreichischer Staatsbürger. Der studierte Politikwissenschaftler absolvierte die International Advance Peace Studies der European Peace University. Jetzt ist er Friedensfachkraft in Simbabwe.

Simbabwe feierte am 18. April 2005 sein 25-jähriges Unabhängigkeitsjubiläum – allerdings ohne große internationale Aufmerksamkeit. Vielmehr hatten viele Organisationen, die den simbabwischen Weg nach 1980 wohlwollend begleitet hatten, in den letzten Jahren eine kritische Position zur politischen Entwicklung bezogen. Die Umstände bei den Parlamentswahlen im März 2005, die der Regierungspartei ZANU PF eine Zweidrittelmehrheit bescherten, gaben der Kritik neue Nahrung. Stimmenkauf durch die Regierungspartei, Bedrohung von Angehörigen der Opposition durch den Geheimdienst sowie Konflikte in der ZANU PF haben dafür gesorgt, dass auch die jüngste Wahl nicht als fair und frei eingestuft werden kann.

Schon in den 80er Jahren demonstrierten Mugabe und seine Regierung ihr fehlendes Demokratie- und Friedensverständnis, als sie gegen die so genannten „Dissidenten“ im südlich gelegenen Matabeleland mit Gewalt vorgingen und zum Beispiel anordneten, ganze Dörfer zu vernichten, um den politischen Gegnern den vermuteten Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Der Tod von bis zu 20.000 Zivilisten ist ein nationales Trauma, von dem sich die Bevölkerung nur schwer erholen kann – denn offene Gewalt gehört immer noch zum politi-

schen Alltagsgeschäft in Simbabwe. ZANU PF und die Regierung setzen immer wieder Polizei, Armee und Geheimdienst sowie uniformierte und bewaffnete Jugendbrigaden für politische „Überzeugungsarbeit“ ein.

Seit den 90er Jahren sind immer mehr Menschen in Simbabwe politischen Repressionen ausgesetzt. Der vom Weltfriedensdienst e.V. (WFD) unterstützte Zimbabwe Civic Education Trust (Zimcet) hat deshalb Friedensforen in drei Provinzen Simbawwes gegründet.

Große Teile der Bevölkerung fühlen sich von der Regierung betrogen: um wirtschaftliches und soziales Wohlergehen, aber auch um ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Zimcet erfährt, dass sich die Menschen gezwungen fühlen, ein Bekenntnis zur ZANU PF abzulegen. Sie befürchten, sonst bei der Vergabe von Nahrungsmittelhilfe, von Arbeitsstellen, Aufträgen oder staatlichen Leistungen benachteiligt zu werden. Das Interesse der Menschen ist, angstfrei zusammenzuleben, sich frei zu äußern und sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen.

Friedenskomitees für die Interessen der Bevölkerung

Das Zimcet-ZFD-Projekt mit Friedensfachkräften wie Adane Ghebremeskel unterstützt die Menschen in den Distrikten und Dörfern dabei, ihre Interessen besser zu formulieren und zu vertreten. Bei seiner Arbeit in Simbabwe achtet Adane Ghebremeskel besonders darauf, unterschiedliche politische und soziale Akteure in das

Programm einzubinden: Vertreter der ZANU PF, aber auch der größten Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change), Vertreter/innen der Kirchen und Frauenorganisationen sowie Kriegsveteranen – gerade letztere hatte die Mugabe-Regierung oft instrumentalisiert.

Die auf Distriktebene agierenden Friedenskomitees richten sich bei jedem ihrer Treffen an eine andere Gemeinde im Landkreis, um mit den Menschen über Frieden und Menschenrechte, über Demokratie und Gewaltfreiheit zu diskutieren. Lokale Friedensaktivisten (Animateure) unterstützen diese Arbeit und halten den Kontakt zu den Komitees, wenden sich aber auch immer wieder direkt an die Bevölkerung. Neben der Aufklärungsarbeit und der offensichtlichen Demonstration, dass auch in Simbabwe politische Gegner konstruktiv zusammen arbeiten können, werden die Friedenskomitees aktiv, wenn politisch bedingte Gewalt droht: zum Beispiel bei Wahlkampfveranstaltungen oder bei politisch begründeter Verweigerung bestimmter Leistungen. So verwehrte die Regierung mehreren Familien Nahrungsmittelhilfe, weil sie die Oppositionspartei unterstützen. Das Friedenskomitee schaltete sich ein und überzeugte die Verantwortlichen, die Nahrungsmittelhilfe fortzuführen. Ein anderer Zwischenfall betraf die Familie eines vergewaltigten Kindes, die sich zur Selbstjustiz entschlos-



sen hatte und den Vergewaltiger töten wollte. Mitglieder des Friedenskomitees konnten die Familie von einem gewaltfreien Vorgehen überzeugen. Sie sorgten dafür, dass das Opfer medizinisch versorgt wurde – den Täter brachten sie vor Gericht.

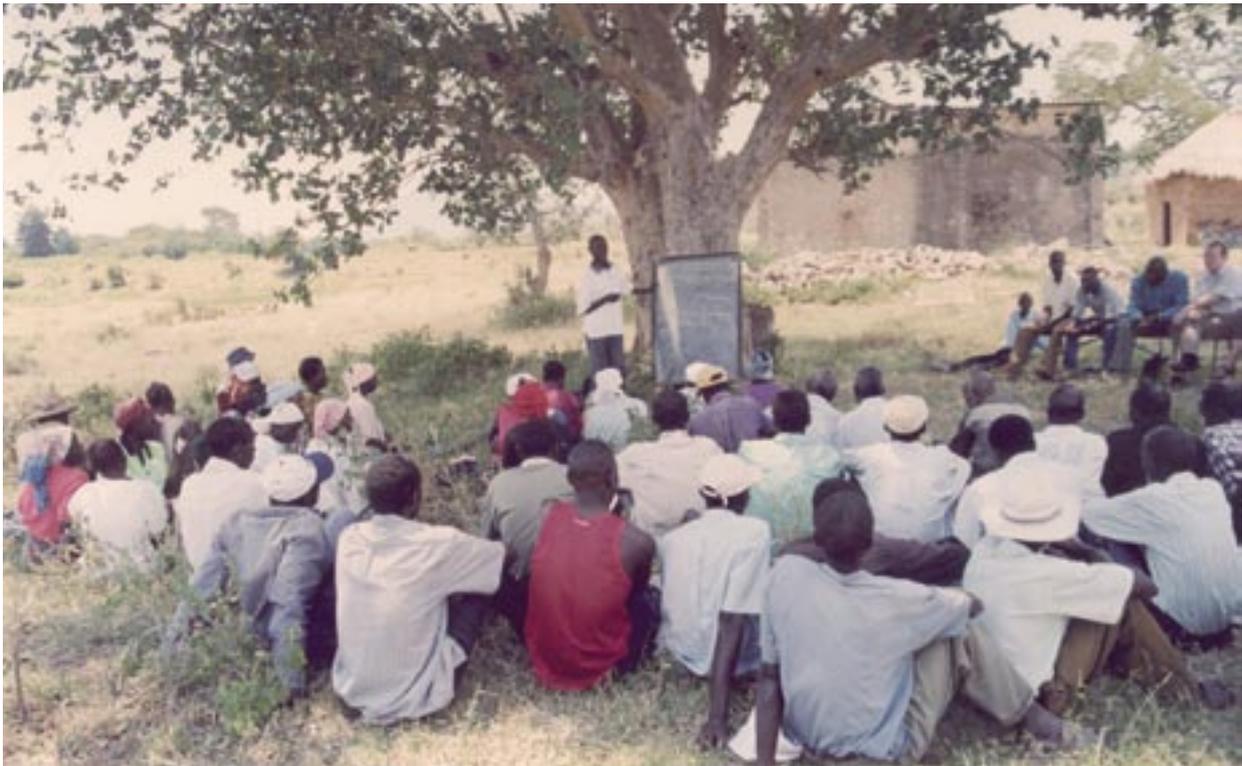
Zimcet initiiert und koordiniert solche Aktivitäten. Dabei erfordert bereits die Einrichtung der Friedenskomitees viel Lobbyarbeit bei den Leitungsgremien der politischen Parteien. Diese politische Absicherung muss durch die Organisation kontinuierlich gewährleistet werden, damit die Komitees zunehmend Einfluss auf die Gestaltung lokaler Friedensprozesse nehmen können. Und schließlich lebt die Arbeit der Komitees davon, dass Mitglieder und Animateure in Themen der zivilen Konfliktbearbeitung und Demokratieentwicklung geschult und trainiert werden.

Zurück zu Adane Ghebremeskel. Er hat vor allem die Aufgabe, das Projekt konzeptionell zu begleiten. Zunächst entwickelte er die Trainingsmodule, arbeitete aber auch selbst als Trainer und gab wichtige Anstöße zum begleitenden Monitoring der Arbeit in den Komitees. Seit vier Jahren leitet ein simbabwischer Kollege, der die Region sehr gut kennt, das Projekt und führt Trainingseinheiten auf der Dorfebene durch. Ziel dieser Maßnahme ist es, Gewaltfreiheit, konstruktive Konfliktbearbeitung und Demokratie auch an der gesellschaftlichen Basis zu stärken. Adane Ghebremeskel entwickelt währenddessen die Konzepte stetig weiter und begleitet „training-of-trainers“-Workshops, um weitere Multiplikatoren und Trainer auszubilden.

Dialog und weniger Gewalt

Im Projektgebiet sind beständige Ansätze für den Dialog der beiden wichtigsten politischen Kontrahenten und





Zimcet-Workshops bringen der Bevölkerung Prinzipien der Toleranz, Demokratie und des gewaltfreien Interessenausgleichs nahe

eine gemeinsame Friedenskonsolidierung festzustellen. Ein weiterer Erfolg: Die Märzwahlen 2005 waren – ungeachtet der oben beschriebenen Einschränkungen – die Wahlen mit den wenigsten Vorfällen offener Gewalt seit langem. Während früher Funktionäre der ZANU PF und MDC verantwortlich waren für die Initiierung von Gewalt, gehören viele von ihnen heute zu den Friedenskomitees und damit zu den Befürwortern einer gewaltfreien Lösung politischer Konflikte.

Wenn diese positive Entwicklung anhalten soll, muss es gelingen, die neuen Einstellungen und Verhaltensweisen an den (kleinen) Schalthebeln der Macht aufrecht zu erhalten. Grundlage für eine friedvolle Zukunft ist ein gesellschaftliches Klima, in dem Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele delegitimiert ist. Die weiteren Erfolgchancen des Projekts hängen sowohl von der politischen Entwicklung in Simbabwe als auch von den

Möglichkeiten Zimcets ab, den verfolgten Ansatz der Community-Orientierung weiter umzusetzen.

Da es sehr unterschiedliche Einschätzungen zur Politik Mugabes und der ZANU PF gibt, ist keine verlässliche Voraussage darüber möglich, ob die neu erworbene Zweidrittelmehrheit im Parlament zu einem entspannteren Umgang mit der Zivilgesellschaft und den Freiheitsrechten der Bevölkerung führt, oder ob diese Mehrheit genutzt wird, die autoritäre Herrschaft härter als bisher fortzuführen. In den letzten Monaten ist Zimcet im Unterschied zu den vorhergehenden Jahren nicht mehr bedroht worden. Dies kann als ein hoffnungsvolles Zeichen für die Überzeugungskraft der Projektarbeit gesehen werden. Zimcet, eine ausgesprochene Bürgerrechts- und Friedensorganisation, wird ihren Community-orientierten Ansatz mit Unterstützung professioneller Friedensfachkräfte unbeirrt weiterverfolgen.



SIERRA LEONE

Versöhnungsarbeit schafft Zukunft

Von 1991 bis 2002 tobte in Sierra Leone ein Bürgerkrieg, der mehr als 50.000 Menschen das Leben kostete, über zwei Millionen zu Flüchtlingen machte und der Mehrheit der Bevölkerung physischen wie psychischen Schaden zufügte. Die Situation, die 1991 zum Ausbruch des Bürgerkrieges führte, war von extrem hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Drogenmissbrauch, Analphabetismus und Militarisierung – zum Beispiel in Form einer weiten Verbreitung von Kleinwaffen – nahmen stetig zu. Bildung war nach Ansicht der Herrschenden kein Recht, sondern ein Privileg. Die Frustration der benachteiligten Bevölkerungsschichten wuchs, besonders Jugendliche waren perspektiv- und orientierungslos. So entstand ein Klima, das den Ausbruch des Krieges begünstigte. Gerade junge Menschen griffen zur Waffe und schlossen sich den Rebellen an.

Während des elfjährigen Bürgerkriegs waren immer wieder Bildungsinstitutionen Ziel der Auseinandersetzungen. Schulen wurden verwüstet und zerstört, Lehrer und Schüler gezwungen, die Institutionen zu verlassen, Kinder verschleppt und als Soldat/innen missbraucht. Nahezu alle Bildungsprogramme fielen diesem Klima von Angst und Unsicherheit zum Opfer. Bis heute herrscht im Land eine komplexe Nachkriegssituation. Viele der vom Krieg gezeichneten Menschen befinden sich weiterhin im Prozess, ihre Wunden zu heilen und wieder ein Selbstwertgefühl aufzubauen, damit sie ihren Alltag einigermaßen bewältigen können. Nach Schätzungen ist ein Drittel der (ehemaligen) Bevölkerung intern oder extern vertrieben. Noch immer sind große

Teile des Landes entvölkert, während Freetown und der Westen des Landes mit der Zuwanderung heimatloser Menschen völlig überfordert sind. Tausende leben noch heute in Flüchtlingslagern, wo sie von der Unterstützung humanitärer Organisationen oder dem guten Willen von Familienmitgliedern abhängig sind. Und das Bildungssystem ist immer noch weitestgehend gelähmt.

Perspektiven schaffen

Die Situation stellt die Regierung wie auch Nichtregierungsorganisationen, die im Bildungsbereich arbeiten, vor eine immense Herausforderung: Sie müssen im Rahmen von formeller und informeller Bildung nicht nur eine (ökonomische) Perspektive für Jugendliche entwickeln, sondern auch ein Normen- und Wertesystem, das ein tragfähiges Fundament für ein friedvolles Zusammenleben in der Gesellschaft Sierra Leones werden kann. Werte, wie mit anderen zu teilen und anderen zu helfen, gehören genauso dazu wie die Kenntnis der eigenen Vergangenheit, der Traditionen, der Ursachen des Krieges und das Wissen über Demokratie und Menschenrechte.

Die Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA), vor allem wegen ihrer umfassenden Alphabetisierungsarbeit im ganzen Land be- und anerkannt, greift diese Themen in ihren verschiedenen gemeindegetragenen Bildungs- und Ausbildungsprogrammen auf (Umwelt- und Ressourcenschutz, Basis-Bildung, Vermittlung beruflicher Fertigkeiten). Bewusst richtet sich SLADEA dabei auch an Ex-Kombattanten und ehemalige Kindersoldaten. Dabei behandelt sie diese Zielgruppe nicht

separat, sondern bezieht sie mit anderen Bevölkerungsgruppen gemeinsam in die Programme ein. SLADEA wurde 1978 gegründet und hat ihre Arbeit auch in Zeiten des Bürgerkrieges nie völlig aufgegeben.

Ziel des ZFD-Programms ist, die gemeinwesenorientierte Versöhnungsarbeit von SLADEA zu stärken. In der ersten Phase unterstützte die Friedensfachkraft Katharina Schilling SLADEA vor allem bei der Implementierung non-formaler Bildungs- und Umweltschutzprogramme. Nachdem sich die Sozialökonomin aus Hamburg eingearbeitet und das Vertrauen innerhalb der Organisation und der Zielgruppen gewonnen hatte, konnte sie sich der Friedensarbeit im engeren Sinne zuwenden: Trainings mit sensitiven Themen wie Konfliktlösungsstrategien, Versöhnungsarbeit und Mediation, Arbeit mit Multiplikator/innen, die erlernte Inhalte an Gemeindemitglieder und Schüler/innen weitergaben. Heute liegt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf der Konzeption und Umsetzung von Programmen, die sich gezielt mit der Nachkriegssituation und Konfliktprävention auseinandersetzen. Zum Beispiel bildet sie die Mitarbeitenden in allen SLADEA-Zweigstellen in gewaltfreier Kommunikation, Mediation und Versöhnungsarbeit fort. Lehr- und Lernmaterialien in den Bereichen Friedenserziehung und Gesundheit hat sie gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort erarbeitet – so zum Beispiel das „SLADEAs Handbook for Mediation“. Im Erwachsenenbildungsunterricht von SLADEA gehört gewaltfreie Kommunikation inzwischen als fester Bestandteil zum Curriculum.

Stabilisierung des fragilen Friedens

Friedensorientierte Kräfte und Organisationen nutzen das Beratungs- und Trainingspotenzial von Katharina Schilling intensiv. SLADEA hat bis heute über 50 Menschen im gewaltfreien Umgang mit Konflikten ausgebildet, die ihrerseits nun in verschiedenen Landesteilen Trainings anbieten. Als Multiplikatoren haben sie bisher über 600 Teilnehmende erreicht. Der Gedanke, dass Konfliktlösungen immer beiden Seiten Vorteile bieten müssen, war ungewohnt. Der Direktor von SLADEA berichtet, dass seine Landsleute zuerst geradezu schockiert waren, dass es keine scharfe Trennung zwischen Gut und Böse geben sollte und Rache sinnlos sei. Inzwischen seien durch die Projektzusammenarbeit mehr und mehr Menschen überzeugt, dass gewaltfreie Konfliktlösung die einzige Möglichkeit für ein friedliches Miteinander in Sierra Leone ist. Katharina Schilling überzeugt Menschen mit ihrer klaren Vision und ihrem sensiblen aber dennoch bestimmten Auftreten.

Selbst wenn die Polizei bereits eingeschaltet ist, ziehen viele Gemeinden inzwischen Trainer zu Streitfällen hinzu, die bei SLADEA eine Ausbildung in gewaltfreier Kom-

munikation absolviert haben. Als in Kabala, einer Kleinstadt im Norden, die Wahl eines neuen „Chiefs“ anstand, kam es zu starken Spannungen zwischen den Familien und Anhängern der Kandidaten. Der Verlierer wollte die Wahlniederlage nicht akzeptieren und der Streit drohte, die ganze Gemeinde zu erfassen. Als einer der ausgebildeten Trainer mit den beiden Chief-Anwärtern dem Streit auf den Grund ging, stellte sich heraus, dass die Parteien nicht um Macht stritten, sondern wegen eines alten Familienzwists. Gemeinsam klärte man die Vorwürfe und der Verlierer konnte daraufhin den Wahlsieg seines Konkurrenten anerkennen. Es gibt Anzeichen, dass es in betroffenen Gemeinden weniger häufig zu gewaltsamen Konflikten kommt und dass auch Familien und Eheleute anders mit Gewalt umgehen.



Die zukünftigen Generationen in Sierra Leone sollen die Chance gewinnen, aus den Problemen der Vergangenheit zu lernen und eigene Perspektiven zu entwickeln. Dabei brauchen Jugendliche wie Ex-Kombattanten oder Opfer neben psycho-sozialer Unterstützung unbedingt die Chance, eine eigene Existenz aufbauen zu können. So ist es ein Erfolg von SLADEA und Katharina Schilling, dass sie nun neben den Trainings in gewaltfreier Kommunikation und Konfliktbearbeitung auch Projekte für den Einstieg ins Berufsleben vermitteln können. Beispielsweise können Jugendliche zukünftig in Waterloo, einer Stadt 20 Kilometer von Freetown entfernt, neben Rechnen, Lesen und Schreiben auch das Keramikhandwerk erlernen und ihre Produkte verkaufen – die Idee kam von den Jugendlichen selbst. Das erlernte Konfliktverhalten können sie gleich im Arbeitsalltag anwenden. Die Verbindung von Training, psycho-sozialer Begleitung und ökonomischer Perspektive ist ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung des fragilen Friedens im Lande.



MEXIKO

Begleitung von bedrohten Menschenrechtsverteidigern

Wenn Kula, die 5-jährige Tochter von Obtilia Eugenia Manuel vor dem Haus mit den Figuren eines Bauernhofes spielt, nennt sie die grünen Plastikfiguren wie selbstverständlich „guachos“, Soldaten. So nennt man die Militärs in der Region La Montaña, Guerrero. Ihre Mutter ist eine Menschenrechtsverteidigerin der OPIM, der Organisation des indigenen Volkes der Me'Phaa. Auf einer Konferenz über die Rechte der indigenen Völker Mexikos im Dezember 2004 berichtet sie von der Vergewaltigung zweier Frauen der Me'Phaa im Jahr 2002 durch Mitglieder des Militärs. Fünf Tage später erhält sie einen Brief, in dem ihr und ihrer Familie gedroht wird: „Du wirst sehr bald in Frieden ruhen ... Genug der dummen Lügen über die Vergewaltigung von Valentina und Inés ... Wir werden Dir gerne etwas antun, damit sich die Würmer unter der Erde freuen, die Hunger nach Dir haben.“ In den folgenden Wochen berichtet Obtilia Eugenia Manuel von weiteren Einschüchterungsversuchen, sie wird überwacht. Sie traut sich nicht mehr, ihr Haus in Ayutla zu verlassen. In den abgelegenen indigenen Gemeinden kann sie nicht mehr arbeiten, da die starke Präsenz des Militärs eine zu große Gefahr für sie darstellt.

Sie bittet die Internationalen Friedensbrigaden, die peace brigades international (pbi), um schützende Begleitung. Seit Februar 2005 übernehmen Friedensfachkräfte von pbi diese Aufgabe, wenn Obtilia Eugenia Manuel in Ayutla oder auf Reisen ist. Alexander Blessing, ein 35-jähriger Krankenpfleger und Absolvent des Studiums der Regionalwissenschaften Lateinamerika aus Köln, ist seit März 2005 eine von drei Friedensfachkräften der pbi im Zivilen Friedensdienst. Er ist Teil einer internationalen Präsenz in Mexiko, die seit 2001 als Antwort auf

die stetig zunehmenden Anfragen mexikanischer Menschenrechtsverteidiger eingerichtet wurde.

Mexiko – ein OECD-Land mit besorgniserregender Menschenrechtssituation

Die Menschenrechtssituation in Mexiko ist zwiespältig. Einerseits hat die Regierung Fox wichtige Menschenrechtsvereinbarungen unterzeichnet und bezeichnet den Schutz von Menschenrechten als politische Priorität. Andererseits werden Menschenrechte insbesondere in den südlichen Bundesstaaten nach wie vor nicht ausreichend geschützt. Vor allem in marginalisierten Gebieten, etwa in den Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero, sehen sich zivilgesellschaftliche Organisationen einem immer stärkeren Druck von staatlicher Seite ausgesetzt. Politische Morde, Folter, Vergewaltigungen, illegale Verhaftungen, rassistische Diskriminierung und massive Einschüchterungsversuche gehen einher mit einem allgemeinen Klima der Straflosigkeit.

Gewaltprävention durch internationale Beobachtung und Begleitung

Die Anwesenheit von Friedensfachkräften wie Alexander Blessing gibt Obtilia Eugenia Manuel die Sicherheit, ihre Arbeit trotz der Bedrohungen fortsetzen zu können. Im April 2005 beteiligte sie sich wieder an einem Workshop in El Camalote. In dieser abgelegenen Gemeinde arbeitet sie mit Frauen, die in den Dörfern und während der Arbeit auf den Maisfeldern der Willkür der Militärs ausgeliefert sind. OPIM arbeitet auf lokaler Ebene eng mit den traditionellen Autoritäten zusammen. Neben der Förderung ländlicher Entwicklungsprojekte

liegt ein Schwerpunkt auf der Stärkung der Rechte dieser weitgehend ignorierten Bevölkerungsgruppe. Ohne das Engagement von Frauen wie Obtilia Eugenia Manuel würde die erschreckende Situation der Indigenas vermutlich kaum an das Licht der Öffentlichkeit dringen. Doch der erschwerte Zugang zur Region, die Abwesenheit eines funktionierenden rechtsstaatlichen Systems und eine starke Militarisierung bedeuten für sie ein hohes Gefährdungspotenzial. Das Engagement von OPIM in den Dörfern ist ein erster Schritt, den Teufelskreis von Gewalt, Marginalisierung und ständigem Unrecht zu durchbrechen. So sagt Obtilia Eugenia Manuel selbst: „Ich will die Begleitung von pbi, weil ich dann nicht alleine bin und mich sicherer fühle. Ich kann die Dinge tun, die ich will. Die Wahrheit ist: Ich habe Angst, dass meiner Familie oder einem Mitglied von OPIM etwas zustößt. Aber wir werden nicht aufgeben, auch wenn sie mich töten wollen. Ich habe mich entschlossen, diese Arbeit für die Gemeinden und für meine Familie weiterzumachen. Ich will, dass Gerechtigkeit einkehrt.“

Die Begleitung durch pbi-Friedensfachkräfte, die sich in die inhaltliche Arbeit der lokalen Organisationen nicht einmischen, stellt ein wichtiges Element der moralischen und praktischen Unterstützung für die Menschenrechtsverteidiger dar und stärkt ihre Handlungsfähigkeit. Seit 2002 hat der Schutz von pbi für rund 20 mexikanische Organisationen und deren Mitarbeitende weitere Gewaltübergriffe verhindern können, zudem wurden mit Hilfe der internationalen Beobachtung und Informationsarbeit die Stakeholders für die problematische Menschenrechtssituation in Mexiko sensibilisiert. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Begleitung zum Schutz für Bedrohte, auch zur Absicherung der Friedensfachkraft, eine oft mehrmonatige Risiko- und Konfliktanalyse voraussetzt, die kontinuierlich aktualisiert werden muss.



Alexander Blessing mit Obtilia Eugenia Manuel auf dem Weg nach El Camalote

Kein Schutz ohne internationales Unterstützungsnetz

Doch die internationale Präsenz der Friedensfachkräfte vor Ort hätte keine schützende Wirkung, wenn sie nicht durch ein breites Netz nationaler und internationaler



Im Gespräch – Friedensfachkraft Mona Bricke trifft den deutschen Botschafter Arne Wolf

Kontakte abgesichert wäre. Nur so können die Friedensfachkräfte Glaubwürdigkeit vermitteln und das Vertrauen der Beteiligten gewinnen. Nur so können sie politischen Druck gegenüber potenziellen Gewaltakteuren aufbauen. Die stille Sanktionsmacht funktioniert, weil die Gewaltakteure wissen, dass die politischen Kosten eines Gewaltübergriffes auf begleitete Menschenrechtsverteidiger ungleich höher sind als ihr Nutzen. Die Vertreter der staatlichen Institutionen auf Gemeindeebene, des Bundesstaates Guerrero und der Bundesebene Mexikos werden über die besorgniserregende Situation der begleiteten Personen und die Arbeit der Friedensfachkräfte ständig informiert. Im Bundesbezirk Mexiko bilden Besuche der ausländischen Vertretungen eine regelmäßige Aufgabe für Friedensfachkräfte. Mona Bricke, eine 38-jährige Fremdsprachenkorrespondentin aus Berlin, ist seit Anfang 2004 im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes in Mexiko. Eine ihrer Aufgaben ist es, Botschafter Arne Wolf über das Projekt zu informieren: in welchen Regionen pbi zurzeit arbeitet, wer begleitet wird und wie die Situation vor Ort aussieht. Außerdem hält sie Kontakt zu internationalen Organisationen und den UN-Sonderberichterstattem, um die Arbeit vor Ort abzusichern und den Handlungsspielraum der Menschenrechtsverteidiger zu erweitern. In Deutschland unterhält pbi ein Unterstützungsnetz, das im Falle der Bedrohung von Obtilia Eugenia Manuel oder anderer mexikanischer Menschenrechtsverteidiger aktiviert werden kann. Ihm gehören überfraktionell rund 40 politische Mandatsträger aus dem Bundestag sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Die Arbeit der pbi-Friedensfachkräfte allein kann Mexiko keinen Frieden bescheren – das können nur die Menschen vor Ort schaffen. Doch mit den Prinzipien der Nichtparteinahme, der Nichteinmischung und Gewaltfreiheit können Friedensfachkräfte die mexikanischen Bemühungen um den Aufbau eines würdigen Friedens wirkungsvoll und konfliktensibel unterstützen.



KOLUMBIEN

Ausbildung von Multiplikatoren in gewaltfreier Konfliktbearbeitung

Am Morgen des 7. Februar 2004 gingen Jesús María Almeida Benítez (59) und sein Sohn Pablo Almeida Ruiz (26) auf ihr Feld, um Melonen zu säen. Die beiden Bauern aus Agua Colorada, einer kleinen ländlichen Gemeinde im Osten Kolumbiens arbeiteten gerade, als Soldaten des Armeebataillons „Caldas“ ohne Vorwarnung das Feuer eröffneten. Dabei wurde Jesús schwer verletzt. Pablo Almeida Ruiz wollte seinem Vater zur Hilfe eilen. Er näherte sich mit erhobenen Händen, er sei Landwirt, rief er und bat darum, seinem Vater helfen zu können. Die Soldaten forderten ihn daraufhin auf, näher zu kommen. Als er nur noch 6 Meter entfernt war, schossen sie auf ihn. Wie sein Vater wurde Pablo schwer verwundet. Herbeigeeilten Familienmitgliedern untersagte der Kommandant des Bataillons, den beiden Verletzten Hilfe zu leisten. Als die Soldaten schließlich doch den Transport der beiden Landwirte ins Krankenhaus erlaubten, war Jesús María Almeida Benítez bereits verblutet. Sein Sohn starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Später gab die Militärführung an, die beiden Landwirte seien als Angehörige einer paramilitärischen Gruppe erschossen worden. Die gesamte Dorfgemeinschaft bezeugte aber, dass Pablo und Jesús nie einer bewaffneten Gruppe (Paramilitärs oder Guerilla) angehört und ihr ganzes Leben in Agua Colorado verbracht hatten.

In Kolumbien herrscht seit mehr als 40 Jahren ein nicht erklärter Krieg, in dem die Bevölkerung zwischen die Fronten der staatlichen Organe, Paramilitärs und Gue-

rillagruppen geraten ist. 44 Millionen Menschen leben in Kolumbien, 2,5 Millionen davon sind so genannte „intern Vertriebene“, die innerhalb der Landesgrenzen fliehen mussten. 57 Prozent der Gesamtbevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Die soziale Misere und die ungerechte Verteilung von Eigentum und Land bilden den Hintergrund für den mit dem Drogengeschäft in Verbindung stehenden Krieg zwischen den verschiedenen Akteuren der Gewalt.

Die bewaffneten Akteure des Krieges sind die Militärs, paramilitärische Verbände und mehrere ursprünglich links gerichtete Guerillagruppen. Die Guerillas treten zwar verbal für eine strukturelle Veränderung im Land ein, setzen dabei jedoch gewaltsame Mittel wie Terroranschläge, Entführungen und Morde ein. Die rechten Paramilitärs ringen mit der Guerilla auf Kosten der Zivilbevölkerung um die Kontrolle ganzer Landstriche, zum Teil auch mit Duldung des Militärs. In beiden Gruppen stehen Minderjährige unter Waffen, hunderttausende von Kindern sind Opfer der Vertreibungen. Die Menschenrechtssituation ist seit Jahrzehnten katastrophal: In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 30.000 Morde pro Jahr verübt, davon mehr als 3.000 aus politischen Gründen. Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die die soziökonomischen Bedingungen der armen Bevölkerungsschichten zu bessern suchen, geraten in Gegnerschaft zu der Drogenmafia, der Guerilla, den Paramilitärs und dem Militär. Das hat zur Folge, dass Engagierte

der Gewerkschaften, Bauernführer und Menschenrechtler oder Lehrer und Journalisten bedroht, verschleppt, gefoltert und ermordet werden. Die aktuelle Regierung des Präsidenten Alvaro Uribe setzt in der Eindämmung des Binnenkonfliktes auf eine Doppelstrategie. Diese beinhaltet zum einen die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols („Politik der harten Hand“). Dies soll mit militärischen Offensiven erreicht werden, bei denen es auch zu Menschenrechtsverletzungen kommt und bei denen die Zivilbevölkerung im Kreuzfeuer der Konfliktparteien steht. Zum anderen führt die Regierung Reformvorhaben durch und bietet den illegalen Gewaltgruppen Verhandlungen an. Ein im Juni 2005 verabschiedetes Gesetz, auf dessen Grundlage alle illegal bewaffneten Gruppen und Verbände aufgelöst und ihre Kämpfer in die Gesellschaft reintegriert werden sollen, entspricht aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen nicht den völkerrechtlichen Standards zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung der Opfer.

Gewalt wird selbstverständlich

Das Schicksal von Jesús María Almeida Benítez und Pablo Almeida Ruiz und ihrer Familie ist kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land, wie sie auch die paramilitärischen Gruppen oder die Guerrillas begehen. Diese Menschenrechtsverletzungen zerstören in vielen Fällen das soziale Gefüge, so dass die Betroffenen daraufhin häufig ihr Land verlassen.

Die vertriebenen Familien – insgesamt inzwischen 2,5 Millionen Menschen – befinden sich in einer dramatischen Situation. Auch unter denjenigen, die nicht direkt von den Vertreibungen betroffen sind, nimmt die Be-

reitschaft zur Gewaltanwendung immer mehr zu. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen massiven Gewaltverfahrungen wird der Einsatz von Gewalt auch bei kleineren Konflikten – selbst in den Familien – immer selbstverständlicher.

In dieser Situation haben viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Sozialpastorale erkannt, wie wichtig gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien sind, wenn es einen Weg zum Frieden geben soll.

Schulen des Friedens

Fundación PODION, ein kirchennahes Beratungs- und Weiterbildungsinstitut, eine Nichtregierungsorganisation in Bogotá, arbeitet in der Erwachsenenbildung und berät bzw. qualifiziert 95 Programme im Land. PODION engagiert sich seit einigen Jahren für den Aufbau von Kapazitäten für gewaltfreie Konfliktlösung – eine Personal- und Organisationsentwicklung, die Veränderungsprozesse hin zu mehr Demokratie bewirkt. Außerdem erforscht und vermittelt PODION gewaltfreie Methoden des Widerstandes für die verschiedenen Initiativen, Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft und der Kirche. Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. arbeitet seit Jahren in enger Kooperation mit dieser Nichtregierungsorganisation zusammen.

Seit dem Jahr 2002 führt PODION unter dem Namen „Escuelas para Formadores en Democracia y Paz“ ein Ausbildungs- und Multiplikationsprogramm für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Friedens- und Demokratisierungsarbeit durch. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Institutionen in elf Regionen Kolumbiens. Damit erreicht PODION etwa ein Drittel des Landes mit seiner

Arbeit. PODION wird dabei von zwei Fachkräften des Zivilen Friedensdienstes unterstützt, die beide viel Erfahrung im Bereich Konfliktbearbeitung in Lateinamerika mitbringen: der Sozialarbeiter Christof Wünsch, der auf langjährige Erfahrungen zum Beispiel als Streetworker in Guatemala zurückgreifen kann und dort auch eine nationale Gemeinwesenorganisation mit aufgebaut hat und die Pädagogin Gisela Butsch, die ihre Erfahrung aus 20 Jahren Sonderschulen-Arbeit in Deutschland sowie ihrer Tätigkeit in einer Sonderschule in Ecuador einbringen kann. Die beiden Fachkräfte arbeiten an der Entwicklung des Curriculums und an der Durchführung der Schulungseinheiten mit



Teilnehmende der Multiplikatorenausbildung während eines Seminars in Cali

sowie bei der Beratung und Supervision. Im Rahmen der zweijährigen Aus- und Weiterbildung haben die Trainer/innen zusammen mit Gisela Butsch und Christof Wünsch insgesamt 54 Multiplikatoren geschult. Je vier bis fünf dieser Multiplikatoren arbeiten als lokale Equipe bei Nichtregierungsorganisationen und in der „Pastoral Social“ verschiedener Diözesen. Jede Equipe betreut mindestens eine, meist mehrere lokale „Escuelas de Paz“ die pro Jahr jeweils ca. 25 Personen – meist lokale Führungspersönlichkeiten – weiterbilden. Bisher betreuen die Fachkräfte landesweit 24 Friedensschulen. Über das Training hinaus begleiten sie die Tutoren-Equipes bei der praktischen Anwendung des Gelernten.

Sichtbare Erfolge

Die Inhalte der Multiplikatoren Ausbildung wie auch der „Escuelas de Paz“ konzentrieren sich insbesondere auf die Themenbereiche gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Menschenrechte und psychosoziale Folgen von Gewalttaten. So behandeln die Seminare beispielsweise Fragen wie „Was ist ein Konflikt?“, erläutern die Phasen der Mediation oder verdeutlichen, wie eine gewaltfreie Aktion aussehen kann. Zusätzlich hat PODION für alle 54 Tutoren drei Seminare zu den Themen Pädagogik, Staatsbürgerkunde und Versöhnung angeboten. Mittlerweile liegen zahlreiche Anfragen aus anderen Regionen des Landes vor – zum Beispiel von sozialen Einrichtungen, Kleinbauernorganisationen oder Ausbildungszentren, die in ihrer täglichen Arbeit immer wieder mit dem bewaffneten, sozialen und politischen Konflikt in Kolumbien konfrontiert werden und eine systematische Ausbildung benötigen. Deshalb baut PODION gemeinsam mit Christof Wünsch und Gisela Butsch sein Angebot seit Anfang 2005 aus. Bis 2007 wollen sie mindestens 39 zusätzliche Multiplikatoren aus- und weiterbilden, mindestens 12 zusätzliche „Escuelas de Paz“ einrichten. Der beste Antrieb für die Zukunft ist



Auch im Spezialisierungskurs für Traumaarbeit kommen kreative Methoden zur Anwendung

der spürbare Erfolg der PODION-Arbeit: Interviews mit Besuchern der Friedensschulen haben gezeigt, dass die Teilnehmenden ihre soziale Kompetenz festigen und ihre Arbeit als Führungspersönlichkeit innerhalb von Gemeinden oder Organisationen stärken konnten. Die Ausbildung versetzte einige Multiplikatorenteams erst in die Lage, konkrete juristische Maßnahmen zur Wahrung der Menschenrechte gegenüber dem Staat anzumelden.

So auch im Fall von Jesús und Pablo aus Agua Colorado. Die von den Friedensschulen ausgebildeten Multiplikatoren Edelmira Hernandez und Isabel Barón betreuen die Hinterbliebenen der beiden Opfer im Rahmen ihrer Arbeit in der Sozialpastoral der Diözese Málaga-Soata. Sie arbeiten mit ihnen die psychosozialen Folgen dieses Verbrechens auf und beraten sie in juristischen Fragen, damit die Verantwortlichen der beiden Morde vor einem zivilen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Arbeit der Friedensschulen und der ausgebildeten Equipe der Sozialpastoral hat auch ermöglicht, dass sich die gesamte Dorfgemeinschaft aus Agua Colorado nicht einschüchtern ließ, sondern gemeinsam und mit konkreten Aktionen die Familien der beiden Landwirte unterstützt, die Rechte der Opfer einfordert und Menschenrechtsverletzungen in ihrem Gemeindegebiet publik macht.



KAMBODSCHA

Kleinwaffen als Statussymbole in Konflikten

„Eines Nachts, als ich gerade friedlich schlief, kamen zwei Männer zu meinem Haus. Sie erschossen meinen Vater und schlugen meine Mutter mit ihren AK59er-Gewehren. Durch das Rufen meiner Schwester wachte ich auf und sprang aus dem Bett. Hastig gab sie mir ein langes Messer; danach lief sie los, um den Dorfchef zur Hilfe zu holen. Aber niemand kam. Alle hatten Angst, weil die Angreifer bewaffnet waren. Auf einmal sah ich, wie die Männer wegliefen. Unser Motorrad nahmen sie nicht mit, dafür aber die goldene Kette meiner Mutter.“
(Geschichte eines 18-Jährigen aus Banteay Meanchey, aufgezeichnet von WGWR, Working Group for Weapons Reduction)

Gewalttaten wie diese sind in Kambodscha an der Tagesordnung. Sie sind Beleg für eines der großen Probleme, mit dem das Land zu kämpfen hat: der häufige Missbrauch von Kleinwaffen. Laut einer Schätzung von Juli 2004 sind in Kambodscha 400.000 bis 900.000 Kleinwaffen im Umlauf. Genaue Zahlen kennt niemand. Viele Waffen sind in illegalem Besitz. In dem südostasiatischen Land, das auf 30 Jahre Bürgerkrieg zurückblickt, in dem bis 1997 versprengte Rote Khmer kämpften und das noch immer auf die Aufarbeitung des Genozid wartet, ist politische, soziale und kriminelle Gewalt an der Tagesordnung. Die generelle Sicherheitslage ist prekär. Dazu tragen das nicht funktionierende Rechtssystem, extreme Korruption und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bei.

Internationale und kambodschanische Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben die Kleinwaffenproblematik und mögliche Antworten darauf im Januar 1998 erstmals im Rahmen einer Studie durchleuchtet. Dabei stellte sich heraus, dass eine große Anzahl illegaler Waffen von der Zivilbevölkerung, von Beamten, aber auch von Soldaten, Polizisten und Militärpolizei verwendet wird. Eine weitere Erkenntnis: Kleinwaffen sind in Kambodscha die viertgrößte Ursache von Verletzungen und Todesfällen und rangieren noch vor Landminen.

Traditionelle Konfliktlösung stirbt aus

Die Zivilbevölkerung betrachtet Waffen mehr und mehr als geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten. Von der Gewaltherrschaft der Roten Khmer besonders betroffen war die heute ältere Generation. Es gibt nur noch wenige ältere Menschen, die traditionelle Konfliktlösungsmechanismen kennen.

Gleichzeitig werden Waffen mehr und mehr als Statussymbol betrachtet. Sie sind in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh sehr leicht zugänglich und preisgünstig zu bekommen. In einigen Gebieten des Landes besitzt jeder dritte Haushalt eine Waffe.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, empfahlen Nichtregierungsorganisationen in ihrer Studie eine Kampagne zur Kleinwaffenreduzierung und zur Anwendung alternativer Problemlösungsmechanismen. Daraufhin initiierten einheimische und internationale Organisationen im August 1998 eine informelle Arbeitsgruppe zur Klein-

waffenreduzierung, die Working Group for Weapons Reduction (WGWR). 1999 nahm sie ihre Arbeit auf. Seit Juni 2002 offiziell als unabhängige NRO anerkannt, ist die WGWR die erste zivilgesellschaftliche Initiative in Kambodscha – und eine der wenigen NRO in Südostasien, die im Bereich Reduzierung und Kontrolle von Kleinwaffen tätig ist. Die Projektaktivitäten sollen dazu beitragen, ein öffentliches Bewusstsein zum Thema Waffenbesitz und gewaltfreie Konfliktbearbeitung in Kambodscha zu schaffen und die Entwicklung eines Systems zur öffentlichen Kontrolle von Waffen sowie den von der Regierung betriebenen Entwaffnungsprozess zu unterstützen.

Friedenspädagogik und Öffentlichkeitsarbeit

Zwei Friedensfachkräfte des DED unterstützen seit Anfang 2002 die WGWR. In den vergangenen drei Jahren haben sie in Zusammenarbeit mit der WGWR viel erreicht: Im Bereich Friedenspädagogik hat Marcos Smith ein Curriculum für Schulen entwickelt. Lehrer und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen können an friedenspädagogischen Trainings der WGWR teilnehmen, Kinder und Jugendliche haben Zugriff auf Bücher zum Thema Kleinwaffenreduzierung.

Auch die Informations- und Aufklärungsarbeit macht Fortschritte: Die WGWR stellte eine Medienkampagne zum Thema Waffenbesitz, Waffenkontrolle und Entwaffnung auf die Beine. Hier erstellten Gabi Otterstetter und ihre Nachfolgerin Sofia Hedlund verschiedene Me-

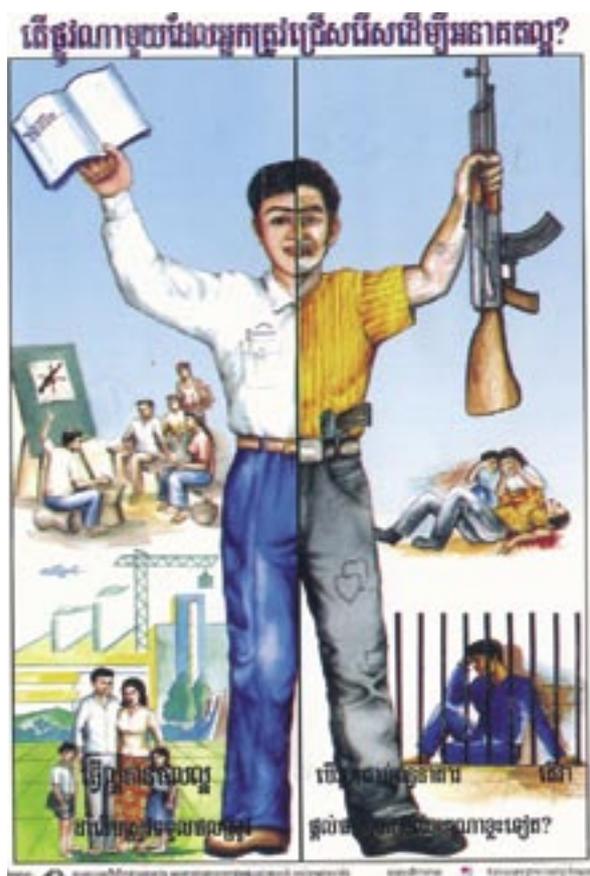
dien für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – die so erreichte Öffentlichkeitswirkung zwang die Regierung, das Thema Kleinwaffen und Sicherheit offensiv und engagiert anzugehen.

Diese ersten Schritte bereiteten den Weg hin zu einer verstärkten Lobby- und ‚Advocacyarbeit‘ zur Kleinwaffenreduzierung. In Workshops, Konferenzen und Kampagnen organisierte die WGWR den Austausch zwischen Zivilbevölkerung und Regierung. Sofia Hedlund hatte großen Anteil an der Planung und Gestaltung dieser Veranstaltungen. Beraten durch die Fachkräfte baute die Working Group eine Kleinwaffen-Datenbank für Kambodscha auf. Indem sie die lokale Medienberichterstattung auswerteten und Umfragen in der Bevölkerung durchführten, gelang ihnen eine tägliche Erfassung der Kleinwaffenvorfälle. Parallel liefen Forschungsarbeiten der WGWR zu negativen Wirkungen von Kleinwaffen auf Frauen und Kinder; auf die urbane Sicherheit und auf den Lebensunterhalt.

Besonders diese Dokumentations- und Forschungsaktivitäten zu Kleinwaffen liefern erste zuverlässige Informationen über die Ausbreitung, die Hintergründe und die negativen Wirkungen von Kleinwaffenbesitz und -missbrauch in Kambodscha. Diese Ergebnisse bilden als Argumentationshilfen die Grundlage der ‚Advocacyarbeit‘ zur Kleinwaffenreduzierung auf allen Ebenen: gegenüber Regierungs- und Sicherheitsangehörigen sowie gegenüber der Zivilgesellschaft. Die Lobby- und Kampagnenarbeit, und nicht zuletzt das friedenspädagogische Element,



hat in der Bevölkerung das Bewusstsein über negative Wirkungen des „gun-misuse“ erhöht. Auf Seiten der Regierung hat die Arbeit zu einer größeren Bereitschaft beigetragen, sich für die Waffenreduzierung und -kontrolle stärker einzusetzen. Eine nationale Kommission sowie ein Komitee auf Provinzebene sind etabliert und haben mit der Einsammlung und Zerstörung von Waffen begonnen – eine Entwicklung, die sicher auf das Engagement der WGWR zurückzuführen ist. Bis Ende 2005 wurden knapp 180.000 Waffen vernichtet. Geht man von den oben genannten 400.000 bis 900.000 zirkulierenden Kleinwaffen aus, ist das ein bemerkenswerter Anfang. Ende April 2005 hat die Regierung ein neues Waffengesetz verabschiedet – ein Erfolg, auf den die WGWR mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, mit Monitoring und ‚Advocacy‘ zwei Jahre hingearbeitet hat. Die Workshops und Konferenzen verbesserten maßgeblich den Austausch über die Sicherheits- und Kleinwaffenproblematik zwischen der Zivilgesellschaft und Regierungs- und Sicherheitsangehörigen auf nationaler und lokaler Ebene. Sowohl formelle als auch informelle Begegnungen, Diskussionen und Gespräche gehen immer häufiger nicht nur von der WGWR, sondern auch von den offiziellen Stellen selbst aus. Die Nationale Kommission hat der WGWR – einer Nichtregierungsorganisation – eine schriftliche Kooperationsbestätigung übermittelt. Diese offizielle Einbeziehung einer NRO ist in Kambodscha ungewöhnlich und bedeutet eine große Anerkennung. WGWR-Aktivitäten im Einsatz für den Frieden haben auf diese Weise eine gute Chance, von offiziellen Stellen nicht nur genehmigt, sondern sogar unterstützt zu werden.



Bildung statt Kleinwaffen

Verhaltensänderung braucht einen langen Atem

Trotz dieser positiven Entwicklungen spielt Gewalt durch Kleinwaffen nach wie vor eine große Rolle bei der Lösung von Konflikten in Kambodscha. Das Monitoring der WGWR hat ergeben, dass Waffenmissbrauch im ersten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum merklich angestiegen ist. Daher wird die WGWR die Verbreitung friedlicher Problem- und Konfliktlösungsmechanismen bei der Landbevölkerung durch Friedens- und Entwaffnungserziehung in den Schulen und Informationsarbeit zusammen mit anderen NRO-Netzwerken intensivieren. So werden auch Analphabeten und die von Waffengewalt besonders betroffenen Frauen erreicht. Auch auf den illegalen, strafbaren Waffenbesitz will die WGWR noch intensiver und nachhaltiger hinweisen.

Die ‚Advocacyarbeit‘ gegenüber der Regierung und den zivilen Akteuren soll noch einmal verstärkt werden. Ziel ist es, dass der ins Leben gerufene Nationale Aktionsplan zu den Themen Sicherheit und Kleinwaffenreduzierung auch umgesetzt wird. Dieser umfasst auch ein neues, restriktiveres Waffengesetz. Erste Informationsveranstaltungen haben bereits stattgefunden. Zusätzlich arbeitet die WGWR darauf hin, dass sich Kambodscha stärker als bisher im Kampf gegen den illegalen Waffenhandel in Südostasien engagiert.



Kleinwaffen werden zum Thema



KOSOVO

Wenn Rückzug ein Gewinn ist – lokale Friedensnetze übernehmen Verantwortung

Nach fünf Jahren übergibt die Friedensfachkraft Silke Maier-Witt ihr ZFD-Projekt im Kosovo an Nehari Sharri, langjähriger lokaler Mitarbeiter deutscher Friedensfachkräfte. Das Engagement ihres Nachfolgers wird die in Belgrad angesiedelte Südosteuropa-Regionalkoordination des *forumZFD* weiterhin unterstützen. „Die Übergabe der Verantwortung und des Büros in lokale Hände war für mich ein sehr positives Erlebnis“, berichtet Silke Maier-Witt. „Zwar bedeutet dies das Ende meines Vertrages, aber ich hatte ja fünf Jahre darauf hingearbeitet, dass die Menschen hier in der Region selbst die Arbeit des ZFD in die Hand nehmen und weiterentwickeln.“

Die Eskalation des Konflikts zwischen der albanischen Bevölkerung und dem serbischen Staatsapparat im Kosovo begann spätestens 1989, als Milosevic die gespannte Lage in der Provinz ausnutzte, um sich politische Unterstützung zu sichern. Die Bereitschaft zum Dialog erreichte mit den beginnenden gewaltsamen Aktionen der kosovarischen Befreiungsarmee UCK und der Repression durch serbische Sicherheitskräfte einen neuen Tiefpunkt. Nach der militärischen Intervention der NATO wurde die Provinz unter die Verwaltung der UNO (UNMIK) gestellt. Die albanische Bevölkerung kehrte zurück, viele Serben aber hatten das Land verlassen oder lebten als Flüchtlinge in Enklaven, bewacht von der KFOR. Auch die im Kosovo lebenden Bosniaken waren verunsichert und wagten es kaum, sich zum Beispiel durch ihre Sprache in der Öffentlichkeit zu erkennen zu geben. Trotz

der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Befriedung Kosovos und zur Rückkehr der Flüchtlinge kam es im März 2004 zu schweren Ausschreitungen gegen die serbische Bevölkerung. Bis heute setzen sich die Konflikte rund um Vertreibungen, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen fort. Jetzt liegen die Konfliktlinien nicht nur zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und Regierungen, sondern auch zwischen Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und der ansässigen Bevölkerung; zwischen Opfern von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechern; zwischen staatlichen Institutionen der eigenen oder der jeweils anderen Regierung.

Die ethnozentrische Parteienlandschaft, die schwache Zivilgesellschaft und die desolante wirtschaftliche Lage erschweren die Lösung der zahlreichen Probleme der unter UN-Verwaltung stehenden Provinz. Darüber hinaus fehlen Strukturen, die eine kollektive Aufarbeitung, ein Benennen von Unrecht während der Kriege ermöglichen. Auch die hohe Zahl von Vermissten auf beiden Seiten belastet den Blick in die Zukunft, in der in absehbarer Zeit Gespräche über den zukünftigen Status des Kosovo beginnen sollen.

Aufbau entlang der Konfliktlinien

In Prizren, der drittgrößten Stadt Kosovos, hat das *forumZFD* ein unabhängiges Büro aufgebaut. Als Mittler konnten die Friedensfachkräfte insbesondere zu Beginn

die Funktion einer dritten Partei wahrnehmen und wertvolle Kontakte zwischen Friedenswilligen auf allen Seiten knüpfen. Von Beginn an unterstützten einheimische Mitarbeiter die Arbeit der Fachkräfte im Zivilen Friedensdienst und wirkten als wichtiges lokales und kulturelles Korrektiv.

Ziel aller ZFD-Aktivitäten ist es, diejenigen einheimischen Gruppen und Einzelpersonen zu stärken, die sich für einen friedlichen Wandel im Kosovo einsetzen. Zu Beginn des Projekts stand die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung im Vordergrund: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, Ermächtigung zum Dialog und Mediation, die den Konfliktparteien dabei hilft, ihre eigenen Regelungen zu finden. Gelungen ist das zum Beispiel im Fall der Familien Blagica und Hysnije. Die Blagicas waren wie viele andere serbische Familien nach dem Ende des Krieges 1999 gezwungen, ihr Haus in Prizren zu verlassen. Sie fanden eine Unterkunft in einem Sammellager im serbischen Bresovic'/Bresovica. Die albanische Familie Hysnije musste während des Krieges den Kosovo verlassen und vorübergehend in Albanien Schutz suchen. Als sie zurückkehrten, fanden sie ihr Haus in Radost zerstört vor und hatten keine Möglichkeit, es wieder aufzubauen. Sie gingen nach Prizren, suchten eine Unterkunft und fanden die Wohnung der Blagicas. Seitdem leben sie dort. Die Hysnijos wissen, dass ihnen die Wohnung nicht gehört. Ihre Eigentümer kennen sie nicht – nur der Name Blagica ist ihnen ein Begriff, denn er steht immer noch auf der Telefonrechnung. Den vor-



Interview mit Friedenskraft. Silke Maier-Witt in Prizren

programmierten Konflikt zwischen den Vertriebenen hat eine Mediation verhindert. Lokale Mitarbeiter, ausgebildet auch von Silke Maier-Witt, haben mit den beiden Familien eine Vereinbarung getroffen: Die Hysnijos erklärten ihre Bereitschaft, das Eigentum der Blagicas zu verlassen, sobald eine geeignete Unterkunft verfügbar ist. Die Blagicas sind bereit, solange mit ihrer Rückkehr zu warten. Beide Familien verpflichteten sich, mit den lokalen Mediatoren zusammenzuarbeiten, um eine für beide Seiten zufrieden stellende Lösung zu finden.

Strategische Beratung

Das Büro des *forumZFD* begegnet einem wachsenden Bedarf an strategischer Beratung für die Gruppen, die sich für eine Aufarbeitung des Konflikts und für multiethnische Zusammenarbeit engagieren. Den richtigen Zeitpunkt für neue Initiativen erkennen, sich klar werden über die eigenen Ziele, über mögliche Unterstützer und bevorstehende Schwierigkeiten geplanter Aktionen – dies sind Themen der Beratungsgespräche mit Zielgruppen wie KONI, der „Kosovo Organisation for New Initiatives“, der Jugendgruppe „Fisniket“ oder der Frauenorganisation „Dora-Dores“. Diese Organisationen sind alle aus der direkten Arbeit der Friedensfachkräfte entstanden. Durch Einzelgespräche, Runde Tische, Diskussionen, Mitgliederversammlungen, Supervision und Coaching unterstützen die Fachkräfte Mitglieder unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte bei der selbständigen Durchführung ihrer Projekte und helfen bei



Brennende Häuser: Kinderängste. Hilfeschei.

der Weiterentwicklung ihrer Trainings in ziviler Konfliktbearbeitung.

Entschuldigung als Erfolg

Einen wesentlichen Aspekt, weshalb mehr und mehr Organisationen die Unterstützung des *forumZFD* erbitten, nennt Silke Maier-Witt: „Nach einer Zeit der Implementierung, der Kontaktaufnahme zu einzelnen lokalen Initiativen hat sich schnell herumgesprochen, dass wir mit dem Ansatz ZFD mehr als andere auf die Bedürfnisse der Bevölkerung im Kosovo eingehen. Wir haben von Anfang an das Ziel verfolgt, mit ihnen gemeinsam etwas zu entwickeln, so dass die Menschen nicht sozusagen am Spielfeldrand stehen und zuschauen müssen, was denn die ‚Internationalen‘ so anstellen.“ Der Erfahrungs- und Informationsaustausch mit internationalen Akteuren, insbesondere der Gebergemeinschaft, ist deshalb ein wesentlicher Teil der Arbeit, um die Konfliktsensitivität der Geber zu erhöhen. Silke Maier-Witt resümiert: „Der größte Erfolg unserer Arbeit ist, die Gruppen soweit gebracht zu haben, dass sie die Ziele des ZFD weiter verfolgen. Sie suchen nach Wegen, weitere Menschen zu ermutigen, zunehmend Provokationen und Gewalt zu widerstehen und sich für eine konstruktive und gewaltfreie Lösung einzusetzen“. Nehari Sharri ergänzt: „Der Großteil der Gruppen und Menschen, mit denen die mittlerweile acht Fachkräfte in unterschiedlichen Orten des Kosovo gearbeitet haben, hat sich nicht an den gewaltsamen Ausschreitungen im März 2004 beteiligt“. So sind Frauen der lokalen Partnerorganisation Hareja nach den Unruhen im März 2004 in Begleitung der Fachkräfte des *forumZFD* zu Serbinnen gegangen und haben sich entschuldigt.

Nehari Sharri führt seit März 2005 eines der beiden Projektbüros in eine neue Projektphase. Die Übergabe der Projektverantwortlichkeit in lokale Hände ist ein Beispiel für den langfristigen Aufbau lokaler Personalka-



Zeugen der Gewalt. Gewöhnung an das Unvermeidliche?

pazitäten. Ziel ist es, dazu beizutragen, dass die einheimischen Friedensorganisationen zu einer hörbaren und starken Stimme in der Gesellschaft des Kosovo werden. So können mehr Menschen den Mut finden, sich vom Druck der Familie und der herrschenden Meinung so weit zu befreien, dass sie mit Gleichgesinnten auf die andere ethnische Gruppe zugehen und nach Wegen zum friedlichen Zusammenleben suchen.

Bildnachweis:

Titel: Susanne Müller • S. 3, S. 8, S. 9, S. 22, S. 23: Günter Vahlkampf • S. 4: BMZ • Seite 5 links: epd-bild • S. 5 rechts: Bistum Mainz • S. 6: COOPOP Ancash;
S. 7: DED • S. 10: epd-bild • S. 16, S. 17 unten, S. 18: Günter Schönegg • S. 17 oben: EIRENE • S. 19, S. 20, S. 21: WFD • S. 24, S. 25: pbi
S. 26, S. 27, S. 28: PODION • S. 29, S. 30, S. 31: Working Group for Weapons Reduction • S. 32, S. 33, S. 34: Tilmann Evers

Träger des Zivilen Friedensdienstes



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
www.friedensdienst.de



Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH)
www.ageh.de



Christliche Fachkräfte International e.V. (CFI)
www.christliche-fachkraefte.de



Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH
www.ded.de



Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
www.eed.de



EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.
www.eirene.org



Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*)
www.forumZFD.de



Weltfriedensdienst e.V. (WFD)
www.wfd.de



Ziviler Friedensdienst (ZFD)
www.ziviler-friedensdienst.org

Impressum:

Herausgeber: Konsortium Ziviler Friedensdienst • Redaktion: Bodo von Borries (Konsortium Ziviler Friedensdienst), Jochen Neumann (Kurve Wustrow), Sven Reuter (Deutscher Entwicklungsdienst), Heinz Wagner (Forum Ziviler Friedensdienst) • Gestaltung: Bergmoser + Höller Agentur • März 2006



Diese Dokumentation wurde mit Fördermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt. Die hierin enthaltenen Beiträge geben jedoch nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

